Nr. 6 / 1. Jahrgang
Verlagsort: Berlin

Freitag, 6. August 1937
כט אב תרצז

Das Jüdische Volk

Abonnements- und Anzeigen-Verwaltung: Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: 17 58 51; Bankkto.: Iwria-Bank, Berlin C 25, Dircksenstraße 26/27; Postscheckkonto: Berlin 125 106, beides unter „L. Stock". Geschäftszeit: Werktäglich außer Sonnabends 8½ bis 5 Uhr. Verlag: Das Jüdische Volk, Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 68, Schützenstraße 13, Fernsprecher 17 70 51; dortselbst auch die Redaktion, Sprechstunden Montag bis Mittwoch von 11 bis 1 Uhr.

Erscheint jeden Freitag als Organ der Staatszionistischen Organisation. Einzelpreis 20 Pf., durch die Post per Streifband 10 Pf. mehr. Postabonnementspreis: Inland 74 Pf. monatl. einschl. 4 Pf. Zeitungsgebühr zuzügl. 6 Pf. Bestellgeld, Ausland — soweit postalisch zugelassen: RM. 1.70 pro Vierteljahr zuzügl. Bestellgeld. — Streifbandbezugspreis für 3 Monate: Inland RM. 3,30, Ausland RM. 3.—. Anzeigenpreis: 15 Pf. die 12gesp. Millimeter-Zeile. Rabatte usw. laut Tarif. Anzeigenschluß: Donnerstag 10 Uhr

Letztes Telegramm

Judenstaatspartei fordert öffentliche Debatte

Zürich, 3. August (JTA.). Die Judenstaatspartei hat beschlossen, dagegen Protest zu erheben, daß der Kongreß sich zur Aussprache über den Teilungsplan als politische Kommission konstituiert und seine Sitzungen vertraulich abhalten will. Die Judenstaatspartei verlangt, daß in öffentlicher Sitzung über den Teilungsplan debattiert werde.

Die Aufgabe des Zionismus ist: Das Volk Israel und sein Land zu erlösen, seinen Staat und seine Sprache wiederzubeleben und die Heiligtümer der Tora im Leben der Nation zu verwurzeln

Teilung?!

Bericht aus Genf – Von unserem Sonder-Korrespondenten

Bevor man auf die Ereignisse eingeht, die die Eröffnung der permanenten Mandatskommission in Genf begleiten, ist es nötig, daß man mindestens vierzehn Tage zurückgeht und sich die Stellungnahmen der meisten Mitglieder der Kommission ins Gedächtnis zurückruft.

Zunächst muß erklärt werden, daß die Kommission eine rein ratgebende Körperschaft von Sachverständigen ist, die keine politischen oder Exekutiv-Befugnisse haben.

Die führenden jüdischen und arabischen Organisationen sind mit den Mitgliedern der Mandatskommission seit längerer Zeit in Berührung. Da die Mitglieder der Kommission nur zu den Sitzungen nach Genf kommen, ist es infolgedessen sehr schwer für diejenigen, die den Kontakt mit ihnen suchen, denn sie müssen sie an ihren Dauerwohnsitzen aufsuchen. Das ist offenbar eine schwierige und kostspielige Aufgabe Es darf aber trotzdem gesagt werden, daß die politische Abteilung der NZO. diese Aufgabe mit großem Erfolg im letzten Jahr ausgeführt hat. Von den Mitgliedern der Abteilung haben Dr. Schächtmann im Norden von Europa, Dr. B. Akzin mit Kommissionsmitgliedern in Mitteleuropa und Dr. Harry Lewy mit denen in Paris und Brüssel, Mr. A. Abrahams mit dem englischen Repräsentanten in London Beziehungen aufrecht erhalten.

Noch etwa bis vor drei Wochen war es keineswegs sicher, ob die Mitglieder der P. M. C. den nötigen Mut und die Entschlußkraft aufbrächten, dem Ansinnen des Colonial Office ein entscheidendes Nein entgegenzustellen. Nach den Debatten im Oberhaus und im Unterhaus hat sich diese Haltung geändert. Eine bemerkenswerte Tatsache beweist diesen Wandel. Zufällig ist der gegenwärtige Berichterstatter des Völkerbundsrats der rumänische Vertreter, und ihm wäre die unangenehme Aufgabe zuteil geworden, entweder der bekannten Politik der rumänischen Regierung zu widersprechen, die den Zehnjahresplan der N. Z. O. für eine jüdische Massenauswanderung nach Palästina begünstigt oder die Engländer zu befremden, indem er sich zum Sprachrohr des Völkerbundes machte und den britischen Vorschlag zurückwies. Das war eine unangenehme Situation für die rumänische Regierung, und man überlegte sich tatsächlich bereits, ob ihr Vertreter den Posten eines Berichterstatters, ein Posten, der mit viel Ehre und Einfluß verbunden ist, niederlegen sollte. Nach den Parlamentsdebatten jedoch hat sich alles das geändert, und man weiß jetzt in Genf, daß Rumänien nicht verzichten wird, sondern daß der Berichterstatter zusammen mit anderen politischen Kreisen in Genf nicht mehr die Politik von Ormsby-Gore als die öffentliche oder die parlamentarische Meinung in Großbritannien ansieht.

Mandatskommission tritt zusammen

Das Datum der Sitzungseröffnung war für die permanente Mandatskommission auf den 30. Juli festgesetzt. Jedoch schon viele Tage vor diesem Datum war eine Anzahl von Delegationen in Genf tätig. Das waren die der Jewish Agency, die Vertreter der Aguda und der N. Z. O., ferner zwei arabische Delegationen, eine geführt von dem Sohn Nashashibis, die andere von Auni Bey Abdul Hadi für die Partei des Mufti. Zu ihnen kam noch die Sonderdelegation des Waad Leumi, die der sefardische Oberrabbiner Uziel anführte. Alle diese Delegationen brachten ihre besonderen Gesichtspunkte mit und waren bei den Kommissionsmitgliedern in den verschiedensten Graden aktiv. Von der Nashashibi-Gruppe heißt es, daß sie zugunsten von Abdulla gesprochen habe und zugunsten der Teilung, während Auni Bey ohne jeden Kompromiß die arabische Delegation gegen die Teilung vertrat. Die Aguda erklärte, wenigstens nach außen hin, in Genf ihre Opposition. Man weiß, daß sie dabei hauptsächlich von der Furcht getrieben wird, daß ein jüdischer Staat mit der gegenwärtigen Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung in Palästina atheistisch und dem religiösen Judentum feindlich gesinnt sein werde.

Die Haltung der Jewish Agency ist immer klarer geworden, je näher die Sitzung der Mandatskommission heranrückte. Von einer offenen und klaren Ableugnung des Pro-Partitionismus ist sie allmählich dahin gelangt, daß sie zugibt, sie werde unter gewissen Umständen und bei bestimmten Konzessionen die Teilung begünstigen. Um das Terrain vorzubereiten, hat man ein Flüstern und Einflüstern begonnen, daß solche Konzessionen bereits im Gange seien, und daß es die Pflicht wirklicher staatsmännischer Handlung sei, nicht allen Eventualitäten die Türe zu verschließen. Darüber hinaus ist ihnen die sogenannte „Alternative" zur Teilung in dem Bericht der Königlichen Kommission zu Hilfe gekommen: die tatsächliche Schließung von Palästina für eine neue Einwanderung und Niederlassung. Gerade dieser letztere Teil des Berichts wird tatsächlich eine höchst entscheidende Rolle bei den Entschließungen sowohl der Mandatskommission als auch des Kongresses spielen, und es wird die Furcht sein, durch die die Pro-Partitionisten den Kongreß und die Kommission dahin zu treiben hoffen, daß sie die Teilung, an diesem Gegensatz gemessen, noch für günstig halten. Die Vertreter der Jewish Agency in Genf waren in diesen Tagen Weizmann und Nahum Goldmann, aber beide haben Genf verlassen, bevor die Kommission überhaupt recht mit ihrer Tagung begonnen hatte, und sind nach Zürich geeilt, um dort die Kongreßstimmung vorzubereiten.

Von besonderer Bedeutung ist auch das Verhalten der Delegation des Waad Leumi. Sie setzt sich zusammen aus dem sefardischen Oberrabbiner Benzion Uziel, Dr. A. Katznelson, einem Mitglied des Waad Leumi, Chajim Salomon, dem Präsidenten der Jüdischen Gemeinde von Jerusalem und Dr. N. Eliash, dem Rechtsberater des Waad Leumi. Sie haben Palästina mit lauten Trompetenstößen und tapferen Worten gegen die Teilung verlassen. Aber irgendwo zwischen Haifa und Genf scheint ihnen etwas passiert zu sein, und sie sind gelehrige Werkzeuge in den Händen der Jewish Agency geworden. Sie sprechen nicht mehr mit klarer Stimme gegen die Teilung. Man hört jetzt von ihnen solche Ausdrücke wie: „Man kann sich etwas Schlimmeres vorstellen als Teilung". Und tatsächlich zeigt ein Interview mit ihnen ganz klar, daß irgendein wichtiger Wandel in ihrer Haltung eingetreten ist. Sie erklären jetzt in Genf, daß sie nichts zur Teilung zu sagen haben, und daß sie dem Kongreß und der Jewish Agency die Entscheidung überlassen. Sie seien nur gekommen, um Vorstellungen gegen die angedrohten Einschränkungen zu erheben. Aber offenbar könnte doch eine Körperschaft, die den Kongreß und die Agency mit der Entscheidung wegen der Teilung betraut, es ihnen auch überlassen, solche Vorstellungen gegen die angedrohten Einschränkungen zu erheben. Das ist also offensichtlich nur eine durchsichtige Entschuldigung, um die Tatsache zu verbergen, daß sie von der Agency eingefangen worden sind, und daß man sie bezwungen und überredet hat, ihre ursprüngliche Richtung zu ändern. Der Standpunkt der N. Z. O. ist zu sehr bekannt, als daß man hier noch eine detaillierte Analyse davon geben müßte. In London wurde ein logischer und entschiedener Einspruch gegen die Teilung erhoben, der zweifellos den Verlauf der Parlamentsdebatten beeinflußt hat. Derselbe Einspruch ist in Genf erhoben worden, verstärkt durch eine glänzende Darlegung in einem Sondermemorandum, das der Kommission rechtzeitig für die Berücksichtigung während der gegenwärtigen Sitzungsperiode vorgelegt wurde Dieses Memorandum umfaßt auch einen sehr wichtigen Abschnitt, in dem eine konstruktive Alternative zur Teilung auseinandergesetzt wird, in Form eines Zehnjahresplans. Außerdem hat die N. Z. O. Unterredungen mit allen Mitgliedern der Kommission gehabt und mit jedem der Regierungsvertreter, die in Genf anwesend sind.

Amerikanische Christen für die Verpflichtungen

Washington (JTA.). In Washington tagte in Anwesenheit von 52 Delegierten die amerikanisch-christliche Palästina-Konferenz, um zu der Entwicklung der Palästinapolitik Stellung zu nehmen. Die Konferenz richtete an die Ständige Mandatskommission des Völkerbundes in Genf ein Telegramm, in dem sie verlangt, daß der Plan, Palästina zu teilen, aufgegeben werde und Großbritannien seine gegenüber den Juden übernommenen Verpflichtungen erfülle.

General Smuts äußert schwere Bedenken

Johannesburg (JTA.). Der Justizminister und frühere Ministerpräsident General Smuts hat an die 16. Landeskonferenz der Zionisten Südafrikas eine Botschaft gerichtet, in der er schwere Bedenken gegen die geplante Teilung Palästinas äußert.

Die Politik des Jüdischen Nationalheims, schreibt General Smuts, und die Uebertragung des Mandats an Großbritannien sind als Angelegenheiten von höchster Bedeutung unter dem Gesichtspunkt der hohen internationalen Politik und weitreichender strategischer Erwägungen beschlossen worden. Die gegenwärtigen Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern sind geringfügig im Vergleich mit diesen Erwägungen. Ihre Bedeutung ist durch die jüngste Entwicklung im Mittelmeergebiet erhöht worden. Für den Fall von Unruhen besteht immer noch die Alternative einer Regierung der festen Hand.

Der Kongreß der „Jainsager"

Vor einigen Jahren lief in den Kreisen der Juden in Deutschland ein Scherzwort um. Wenn man jemanden, dessen Entschlußkraft zu einer positiven oder negativen Stellungnahme nicht ausreicht, kennzeichnen wollte, so sagte man von ihm, er antworte nicht „ja" und nicht „nein", sondern vorsichtshalber „jain". An dieses Scherzwort muß man denken, wenn man sich mit den Dingen auf und um den Zionistenkongreß beschäftigt, der am Dienstagabend eröffnet worden ist. Zwar sind der äußere Rahmen und die Beteiligung wahrscheinlich glänzender als je auf einem der vorausgegangenen 19 Kongresse. Zwar ist die Wirkungsmöglichkeit dieses Kongresses sicherlich bedeutungsvoller als die irgendeines seiner Vorgänger, selbst des Uganda-Kongresses. Und trotzdem glauben wir voraussagen zu dürfen, daß der Kongreß in der Geschichte des jüdischen Volkes eine wenig rühmliche Rolle spielen dürfte. Alle Hinweise auf die besondere Schwere der Verantwortung, die diesmal auf jedem Delegierten laste, und alle stolzen Ankündigungen einzelner Vertreter eines heroischen Zionismus können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Stellungnahme dieses Kongresses längst feststeht, und daß der Kongreß diejenige Stellung einnehmen wird, die Weizmann von ihm fordert.

Ist das ein Unrecht gegenüber einer Reihe von Männern, die auch wir als jüdische Patrioten zu würdigen wissen, und die bisher so eindeutig gegen die Zerschneidung und Zerstückelung Palästinas Stellung genommen haben? Wir können es leider nicht glauben. Als fest stand, daß der Peel-Bericht mit einem Judenstaatsvorschlag enden würde, der in Wirklichkeit mit der Liquidation des Zionismus gleichbedeutend wäre, da ging in der Tat eine gewaltige Welle der Empörung auch durch weite Kreise der alt-zionististischen Organisation. In Polen, in Erez Israel und in Amerika folgte eine Kampfansage der anderen und selbst der Haschomer Hazair erklärte sich als ein erbitterter Gegner jeder Teilung Palästinas. Das ist erst wenige Wochen her, aber wir sehen schon, wie viele Blüten im teilungsgegnerischen Garten ein rauher Nachtfrost vernichtet hat.

Gewiß hat der Weltmisrachi, der ja mit seiner der Meinekestraße hörigen Absplitterung in Deutschland erfreulicherweise wenig gemeinsam hat, bisher eine eindeutige Stellung gegen die Teilung eingenommen. Aber wir sehen auch dort Kräfte am Werk, die immer und unter allen Umständen dabei sein müssen, wo etwas geschieht. So sehr der Misrachi eigentlich gar nicht anders kann, als seiner religiösen Einstellung entsprechend chirurgische Experimente am lebendigen Leibe Erez Israels zu bekämpfen, so haben wir nach allen trüben Erfahrungen der letzten Jahre nicht die Gewißheit, daß sich der Geist der „Realpolitiker um Nurok" nicht als stärker erweist als die alten Führer des Weltmisrachi. Noch deutlicher ist der Riß, der in der Judenstaatspartei entstanden ist, die mit ihren zehn Mandaten unter ca. 500 ohnehin eine verschwindend kleine Rolle auf dem Kongreß spielt. Sie hat durch ihre eindeutige Stellungnahme gegen die Teilung Dr. Soskin und Richard Lichtheim verloren, wobei letzterer jeden schamhaften Umweg vermieden hat und direkt mit vollen Segeln zu den Allgemeinen, Gruppe A, gestoßen ist, deren politisches Programm lediglich in der Gefolgschaft für Weizmann besteht, den Lichtheim einst, ach so erbittert zu bekämpfen und schmähen wußte.

Wer über den sich vorbereitenden Umfall sich noch irgendwelchen Illusionen hingeben wollte, der mußte durch die überaus aufschlußreichen Vorgänge im Lager der zionistischen Delegation aus Amerika endgültig eines besseren belehrt werden. Diese Delegation, an deren Spitze Dr. Stephan Wise, einer der Hauptrufer im Kampf gegen die Teilung, steht, war mit der gebundenen Marschroute, die Teilung abzulehnen, nach Europa gekommen. Kaum war sie jedoch in Zürich angelangt, da faßte sie flugs den Beschluß, alle früheren Beschlüsse aufzuheben und die Stimmabgabe freizugeben. Und im selben Augenblick wird auch schon erklärt, daß ein starker Bruchteil für den Teilungsplan einzutreten bereit ist.

Ebenso glatt dürften die Dinge im Lager der Arbeiterfraktion verlaufen. Zwar hat Dr. Katznelson, einer ihrer maßgeblichen Führer, seinen Standpunkt bisher jedenfalls noch nicht geändert. Aber Herr Weizmann hat sich für sie auch eine besonders wirksame Regieleistung erdacht. Als er in der Sitzung der Arbeiterfraktion erschien, um ihr seinen Teilungsplan schmackhaft zu machen, da ließ er sich von zwei englischen Persönlichkeiten begleiten, dem früheren Kolonialminister Amery und der Nichte von Lord Balfour. Wer die Ghettoeigenschaften unseres Volkes mit schmerzlicher Klarheit sieht, weiß, welchen Eindruck Aeußerungen nichtjüdischer Persönlichkeiten in jüdischen Dingen zu machen pflegen, und trotz Katznelson und trotz der Kampferklärungen des Haschomer Hazair ist leider über die endgültige Zustimmung der Mapai zur Politik Weizmann kein Zweifel erlaubt.

Bleibt die B-Gruppe der Allgemeinen Zionisten, die kaum eine wesentlich größere Rolle spielt als die Judenstaatspartei, und die, wie wir wenigstens hoffen,

bei der Stange des Herzlschen Zionismus bleiben wird. Den Kongreß wird sie nicht beeinflussen können, und wenn Ussischkin erklärt hat, die Hand, die das Teilungsprojekt unterschreiben wird, wird verflucht sein, so entspricht dies gewiß dem charaktervollen zionistischen Leben dieses alten Kämpen, aber auch Ussischkin wird sich überzeugen müssen, daß man nicht ungestraft jahrelang einem Abweichen von der zionistisch-politischen Grundhaltung zusehen kann, sondern, daß dann ein Versagen in entscheidender Stunde keine Ueberraschung mehr auslösen darf. Wir verstehen durchaus, daß Ussischkin glaubt, eine Wiederholung der Situation auf dem Uganda-Kongreß schaffen zu können, als er und seine Mitkämpfer Theodor Herzl zum Verzicht auf Uganda zwingen konnten. Die Vorgänge wiederholen sich im Leben, aber sie gleichen sich nicht. Zwar war Theodor Herzl gewiß die größere und stärkere Führerpersönlichkeit als Weizmann. Aber Herzl verfügte damals nicht über die Fonds mit ihrem Apparat und ihren Machtmitteln und über die Histadrut mit all dem politischen und wirtschaftlichen Terrorismus, den sie ausübt, und er hatte auch nicht jene Fülle von Gefolgsleuten, die, je kleiner sie sind, sich für desto größere Staatsmänner halten. In dem Referat, das der scheidende Vorsitzende der ZVfD. Dr. Moses auf dem Delegiertentag in Berlin vor 14 Tagen gehalten hat, haben wir ja ein Musterbeispiel dieser Staatsmannskunst, und so sehen die Allgemeinen Zionisten der A-Gruppe in der Regel aus.

Dabei müßte auch die primitivste staatsmännische Empfindung erkennen lassen, daß eine Stellungnahme des Kongresses in diesem Augenblick ein Ding der Unmöglichkeit ist. Welches ist denn die Grundlage, auf der eine wirkliche Entscheidung des Kongresses sich aufbauen könnte? Der Peel-Bericht ist durch die Unterhausdebatte zu einem „Entwurf ins Unreine" gestempelt. Die Beratungen der Mandatskommission des Völkerbundes zeigen deutlich, daß England sehr große Schwierigkeiten haben wird, um einen ihm genehmen Beschluß durchzusetzen, und daß vor allen Dingen im gegenwärtigen Augenblick mit einer klaren Stellungnahme nicht gerechnet werden kann. Selbst vom Standpunkt einer schwächlichen Politik gäbe es in dieser Situation nur eine einzige mögliche Haltung, nämlich bedingungsloses Festhalten an allen Rechten, die Balfour-Deklaration und Mandat dem Jüdischen Volk nun einmal gegeben haben. Einen Rechtsboden preiszugeben, ohne die Sicherheit zu haben, daß eine Gemeinschaft weiterleben kann, ist unverantwortlich. Darum ist die nach außen hin deutlich zur Schau getragene Meinung, den Peelschen Judenstaat, wenn auch ein wenig modifiziert, anzunehmen, ein Dolchstoß für die jüdische Nation. Zum Nein wird man sich nicht aufschwingen. Dazu ist das jüdische Leben bereits viel zu morsch und energielos geworden. Auch ein klares Ja wird vermieden werden, da ein Rest taktischen Empfindens eine solche eindeutige Sprache in diesem Moment doch wohl verhindern wird. Und darum wird am Ende dieses Kongresses jenes „Jain" kleiner Menschen stehen, deren nationale Träume in einem Meer von Skepsis und mangelndem Selbstvertrauen untergegangen sind, und die in einer historischen Stunde unserer Gmeinschaft den Mut zu einer jüdischen statt englischen Politik nicht aufbringen können. G. K.

In eigener Schlinge gefangen

Die „Aufräumungsarbeiten" in Sowjet-Rußland sind noch immer nicht zum Abschluß gekommen, und so haben wir in den letzten Tagen wieder hören können, daß eine neue Verhaftungswelle durch Rußland rollt. Im Verlaufe dieser Aktion wurde mit anderen Kommunistenführern auch der berüchtigte frühere rote Diktator Ungarns, Bela Kun, verhaftet. Bela Kun, der durch sein Blutvergießen im Jahre 1922 in Ungarn tausende unschuldiger Menschen in den Tod geschickt hat, hat nunmehr sein Schicksal ereilt. Die Tatsache, daß die europäischen Zeitungen wieder von Bela Kun sprechen, läßt die schlimmste Zeit der Kommunistenherrschaft in Europa in uns wach werden. Nach Zusammenbruch der roten Räterepublik flüchtete Bela Kun nach Rußland und hat von dort aus versucht, mit allen Mitteln in Europa Unruhe zu stiften. Seine Rolle, die er in Rußland spielte, war höchst unrühmlich, denn auch dort wurde er durch seine unglaublichen Massenmorde in der Krim vom Volke gehaßt und verachtet.

Auch als Schriftsteller betätigte sich dieses Blutungeheuer und schrieb unter dem Pseudonym Blasius von Kolozsvary ein Buch „Von Revolution zu Revolution". Es ist seine einzige schriftstellerische Arbeit gewesen „über die Notwendigkeit ewiger Revolutionen". Das Buch müßte eigentlich heißen: „Von Zelle zu Zelle", denn das würde sein wirkliches Leben darstellen. In den letzten zwanzig Jahren spielte im Leben Bela Kuns die Zahl der Strafgefängnisse und Zuchthäuser die Hauptrolle. Die Zelle des Budapester Schubhauses, in der er halbtot geprügelt wurde, die Zelle im Sammelgefängnis, aus welchem seine Macht hervorsproß, die Zelle der Wiener Polizeidirektion, die Zelle in Karlstein, die Zelle in Steinhof, dann wieder die Zelle des Wiener Landesgerichts und jetzt die Gefängnisse der GPU. in Rußland, das sind die würdigen Etappen seines Lebenslaufes, der, wie grotesk es auch erscheinen mag, ein Bestandteil europäischer Politik wurde.

Ein stilvolles Bild. Bezeichnend, weniger für Bela Kun als für den Zeitgeist, dem seine Existenz zu verdanken ist, für die Jazzatmosphäre der Welt, in der eine solche Pflanze gedeihen konnte.

Der Judenstaat mit oder ohne Zion

Nachstehenden Aufsatz eines unserer Freunde bringen wir zum Abdruck, trotzdem wir mit dem Verfasser nicht in allen Punkten übereinstimmen, weil wir aber wissen, daß seine Stellungnahme von keinerlei defaitistischen Anwandlungen beeinflußt ist und einige erwägenswerte Gesichtspunkte enthält. D. Red.

Die Empfehlungen der Peel-Kommission und ihre Annahme durch die englische Regierung bedeuten für die Gesamtjudenheit einen Wendepunkt ihrer Lebensgeschichte. Handelt es sich doch um nichts anderes als um das künftige Geschick des jüdischen Menschen, um den Fortbestand oder Auslöschung des jüdischen Daseins. Weder kategorische Ablehnung noch unbedingte Zustimmung ist in solch entscheidendem Augenblick für uns Juden am Platze. Nicht jüdisches Gefühl hat die Teilung Palästinas und damit beträchtliche Verkleinerung des jüdischen Lebensraumes vorgeschlagen, sondern einzig und allein weltpolitische Ideen zur Befriedung der jüdisch-arabischen Spannung, und englischer Interessen.

Der ganze Peel-Bericht stellt nichts anderes dar als einen Versuch zur objektiven Lösung einer völlig verfahrenen politischen Lage im nahen Osten ... vom Standpunkt englischer Weltpolitik. Die Gesamtjudenheit hat dazu ebenso wenig beigetragen wie seinerzeit zur Veröffentlichung der Balfour-Deklaration. Heute wie damals ist die Judenheit nur Objekt jüdisch-politischen Geschehens.

Ueberblicken wir aber den Gesamtablauf jüdischgeschichtlichen Erlebens überhaupt, so finden wir, daß die jüdische Geschichte, so lange man von jüdischer Geschichte überhaupt reden kann, nur wenige Male von aktivem Leben und damit von subjektiver jüdischer Politik uns erzählt; das sind erstens der heroische Auszug aus Aegypten und Inbesitznahme eines Hauptteiles von Kanaan, zweitens die selbständige aktive Politik durch König David (eingeleitet durch König Saul) und drittens die beachtenswerte und bewunderungswürdige Interessenvertretung des jüdischen Volkes im Rahmen der römischen Weltpolitik durch Herodes den Großen.

Besserwisser und Kritikaster werden mir zwar entgegenhalten, daß auch zu anderer Zeit jüdische Geschichte von Juden gemacht worden sei; sie werden eine große Anzahl jüdischer Heroen aufzählen, die für die Freiheit des jüdischen Menschen und jüdischer Ideen gekämpft und gelitten haben, aber so sehr ich den Heroismus dieser Männer bewundere und in ehrendem Andenken jüdischen Lebens erhalten wissen will als Vorbild und zur Nacheiferung, ihnen allen ist die Erringung jüdischer Unabhängigkeit nur teilweise oder, infolge innerer Zerrissenheit des jüdischen Volkes, überhaupt nicht geglückt. Alle diese jüdischen Heroen vermochten nicht das jüdische Volk in seiner Gesamtheit zu einheitlichem und damit erfolgversprechenden Willen zusammenzufassen, wie es den Führern Mosche und seinem Schüler Joschua, dem König David und dem großen Herodes gelungen war.

Wir müssen daraus lernen, daß das jüdische Volk nur dann seine Zukunft aktiv formen kann, wenn es von einem wirklichen Führer geführt wird, seinem Willen sich unbedingt unterstellt. Da in einer Volksgemeinschaft, was wohl verständlich ist, persönliche oder Gruppeninteressen dem gemeinsamen Willen des Volksganzen und damit der Erhaltung der Staatseinheit im Wege stehen, so muß ihre völlige Unterordnung unter den einheitlichen Staatswillen auf alle Fälle erzwungen werden, was nur wirklicher Führung gelingt und damit zum Erfolg für die Gesamtheit verhilft.

Diese einleitenden Sätze mußten geschrieben werden, nicht um meinen Artikel in der staatszionistischen Presse unterzubringen, sondern um dem jüdischen Menschen zu zeigen, was und wie er zu erwägen hat, will und soll er für seine eigene Zukunft und für die seiner Kinder sorgen.

Das Judentum leidet heute nach außen hin sowohl in der Diaspora als auch in seinem bisherigen „Nationalheim" not. Statt sich vorwärts zu entwickeln, mußte der jüdische Mensch in den letzten dreißig Jahren einen Rückschlag nach dem anderen erleben; in Erez Israel sowohl als auch außerhalb. In ihrem Innern, d. h. seelisch, ist die Judenheit zerrissen: hier Assimilation, hier Dissimilation; hier Liberalismus, hier Orthodoxie in allen ihren Schattierungen; hier kapitalistische, hier marxistische Doktrinen; hier die Weltanschauung des schrankenlosen Individualismus, hier die autoritären Führertums.

In einer solchen unheilvollen Situation befindet sich alles, was jüdisch sich nennt oder nennen hört. Allen diesen jüdischen Menschen gemeinsam ist das Schicksal, das aber bisher nur ein fortdauerndes Leiden, ein fortdauerndes seelisches Wundsein bedeutet.

Aktive Schicksalsgemeinschaft

Diese passive Lebensgemeinschaft gilt es in eine aktive Schicksalsgemeinschaft umzuwandeln.

Darum muß das Bindende aller jüdischen Menschen in eine feste Hand genommen und die Gesamtheit alles dessen, was sich Jude nennt, gezügelt und auf den rechten Weg erfolgversprechender und achtunggebietender Zukunft geführt werden. Das Bindende, allen jüdischen Menschen Gemeinsame ist — die jüdische Existenz. Und diese ist in einer bedrohlichen Gefahr. Darum nützt es nicht, Teillösungen, Kompromissen zuzustreben, da solche die akute Gefahr zwar vielleicht aufschieben, aber niemals für die Dauer bannen können. Das jetzige negative Schicksal kann nur zu einem positiven umgewandelt werden, wenn wir den gemeinsamen positiven Faktor, und das ist die jüdische Existenz, auf einen gemeinsamen Nenner bringen und so eine radikale Lösung des Judenproblems herbeiführen.

Die jüdische Existenz ist geschützt und bleibt geschützt auf gemeinsamem jüdischen Raume, aber nicht in einem jüdischen „Nationalheim", sondern in einem souveränen Judenstaat. Nur der gemeinsame Staat erweckt ein Volk zum Leben; ein Nationalheim bringt ein Volk zur Entartung und damit zum Sterben. Entwürdigend zu wissen ist es für einen jüdischen Menschen, dessen Geschichtsbuch die Kulturwelt des gesamten Abendlandes so ungeheuerlich beeinflußt hat, wobei ich hierbei außer acht lasse, daß dies ohne aktives jüdisches Zutun geschehen ist, — diese Judenheit auf eine gleiche Stufe wie die Indianer in ihren Separatbezirken gestellt und als vegetierendes Schaustück dahinsiechen zu sehen. Das Ghetto war bereits ein solches „Nationalheim".

Aus diesem Wissen heraus müssen wir jüdischen Menschen aus den Empfehlungen der Peel-Kommission das einzig Positive, den souveränen jüdischen Staat, als Aktivum für unsere Zukunft buchen. Dies ist das Grundlegende, welches uns zugestanden worden ist. Nun ist es an uns, aus dem künftigen souveränen jüdischen Staate eine wirkliche lebendige Volksgemeinschaft zu machen. Da wir aus der augenblicklichen Schwäche unserer Machtmittel gezwungen sind, diesen Judenstaat so zu empfangen, wie er uns räumlich zubemessen wird — wir dürfen nicht vergessen, daß wir ihn aus der Hand des zurzeit die Weltpolitik beherrschenden England erhalten —, so können wir vorläufig nur das tun, indem wir den Judenstaat mit allen Vorbehalten wegen seiner eng bemessenen Grenzziehung annehmen, unbedingt aber den Negew bis mit Akaba für uns beanspruchen, damit wir jüdischen Menschen im Judenstaat sowohl den freien Zugang zum Mittelmeere als auch den zum Roten Meere und damit zum Indischen Ozean erhalten. Wir bestehen darauf, weil wir den Negew zur Massensiedlung brauchen, und weil nur dadurch das jüdische Volk untrennbar verbunden mit der gesamten Weltwirtschaft bleibt und nur so der jüdische Mensch und mit ihm und durch ihn der jüdische Staat seine aktiven Kräfte in friedlichem Wettbewerb mit den anderen Nationen frei entfalten kann.

Jerusalem, Bethlehem, Nazareth waren und sind noch heute das Gefühlsleben unzähliger Millionen christlicher Menschen beherrschende und darum heilig gewordene Stätten des Ausgangspunktes abendländischer christlicher Kulturgemeinschaft. Eine große Anzahl von Kreuzzügen sind mit fanatischem Glaubenseifer vom christlichen Abendland um Jerusalem und die christlichen heiligen Stätten geführt worden. Massenhaft vergossenes Blut christlicher Menschen hat sich im Laufe der Jahrhunderte zu Legenden und Sagen um diese immer wieder erkämpften christlichen Stätten verdichtet. Wollten wir Juden trotzdem auf der Altstadt Jerusalem mit ihren vielen Klöstern aller Religionen und Sekten bestehen, so würden wir einen dauernden Stachel in den jungen Organismus des jüdischen Staates setzen, und eine friedlich Arbeit des jüdischen Menschen innerhalb eines solchen, aber durch den ewigen Unruheherd geschwächten jüdischen Staates wäre von Anfang an unmöglich. Dazu kommt noch, daß Jerusalem durch seine Omar-Moschee zu einem heiligen Mittelpunkt des gesamten Islam geworden ist. Es ist für einen politisch denkenden, d. h. die Machtpositionen der einzelnen Völker abwägenden jüdischen Menschen nicht gleichgültig, den jungen jüdischen Staat von vornherein der Kreuzzugsgefahr der gesamten moslemischen Welt gegenüberzustellen. Die wenigen Mohammedaner sind Araber; aber auch nicht alle palästinensischen Araber sind Moslems. Es ist klüger für einen jungen Staat, nur ein einziges Volk zum Gegner zu haben als eine durch eine gemeinsame religiöse Idee verbundene Koalition verschiedenster Völker.

Praktische, erfolgreiche Politik kann von einem schwachen, erst keimenden jüdischen Staat nicht mit Gefühlsduseleien geführt werden. Das vorerst Gegebene ist, den jungen jüdischen Staat ins Leben zu führen und ihn solange frei und ungehindert sich entwickeln zu lassen, bis er durch seine eigene Stärke auch seine Mannbarkeit und damit seine Dauerhaftigkeit erwiesen hat.

Dagegen kann und soll, da wir Juden nun einmal nicht das alte Jerusalem und die anderen nunmehr christlichen heiligen Stätten für unseren Lebensraum erhalten können, unsere Zionssehnsucht, die wir sechzig Geschlechter lang in unseren Gebeten gestammelt haben, gegen den positiven Wert des Negew eingetauscht werden.

Es kommt noch hinzu: Der jüdische Mensch ist im Ablauf seiner fast zweitausend Jahre währenden Wanderung zu einem Stadtmenschen geformt worden. Man muß ihn also so nehmen, wie er ist. Das heißt, der jüdische Mensch hat sich zum Menschen des Handels, der Industrie, des Verkehrs, der Wissenschaften und der Techniken entwickelt. Der junge jüdische Staat kann und soll nur die positiven, am besten entwickelten Kräfte des Einzelmenschen im Interesse des gesamten Volkes und damit des einheitlichen jüdischen Staates gebrauchen. Jedwede „Umstellung" oder „Umschichtung" eines Stadtmenschen mit seinem großen Wissen und Können und die Verkümmerung seiner bisher erworbenen Fähigkeiten durch Umstellung für landwirtschaftliche Siedlung wäre eine Vergeudung positiver jüdischer Kräfte und damit ein Verbrechen an der Zukunft des jüdischen Volkes. Den neuen jüdischen Staat mit nur jungen Menschen aufzubauen, die nur „siedeln" lernen sollen, dabei den jüdischen Vater mit seinem fertigen Wissen und Können von dem Aufbau und Ausbau auszuschalten, nur weil er über 35 Jahre alt geworden, bedeutet nichts anderes als Zerreissung der familiären und damit sittlichen Bande einer Volksgemeinschaft, bedeutet außerdem Ausstoßung von Kräften, die jahrzehntelang wissenschaftliche und technische Erfahrung gesammelt, und in der Folge nichts anderes als die Bolschewisierung der jüdischen Zukunft, den Keim zum raschen Untergange dessen, was Jude und jüdisch heißt. Die Jugend, auch die jüdische, muß und soll von der Erfahrung der älteren Generation geführt werden. Sie darf nicht zersetzender kommunistischer Propaganda ausgeliefert werden, um so ihr eben erst erworbenes wirkliches Nationalheim, den jungen jüdischen Staat, sobald zu verlieren.

Mit internationalen, zersetzenden marxistischen Ideen einen neuen Volksstaat aufzubauen, ist Wahnwitz, wenn auch die „Demokraten" unter uns Juden in ihren Salons damit liebäugeln; es ist ein Verbrechen und ein Verrat am eignen Volk, wenn solche Ideen bewußt unter der armen, gehetzten totkranken jüdischen Masse als Allheilmittel verbreitet werden. Und die wenigen kommunistischen „Führer" im künftigen Judenstaate sollen es sich heute schon gesagt sein lassen, daß die wirklich aufbauenden Kräfte in unserem neugeborenen jüdischen Volke bald damit aufgeräumt haben werden. Das jüdische Volk hat seine Religion und seine sozialen Gesetze bereits vor rund dreieinhalbtausend Jahren von Mosche erhalten; es braucht nur wieder zur Offenbarung zurückzukehren und damit zu seinem Gotte und zu seinem alten sozialen der heutigen Zeit vernunftgemäß angepaßten Gesetzen, und um die Zukunft des jüdischen Menschen und des jüdischen Staates ist mir nicht mehr bange. *P. G.*

Verantwortlicher Redakteur: Zoltán Illés, Berlin W 50. — Verantwortlicher Anzeigenleiter: i. V. L. Stock, Berlin-Wilmersdorf. Auflage 6000. — Verlag: „Das Jüdische Volk", Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin. — Druck, Abonnements- und Anzeigenverwaltung: M. Leßmann, Berlin. — Anzeigen-Preisliste Nr. 1 ist gültig.

Vorliegende Nummer ist abgeschlossen am Donnerstag, 5. August 1937.

Bei Betriebsstörung infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Nachlieferung des Blattes oder Rückzahlung des Bezugsgeldes. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. Eine Verpflichtung zur Honorierung von unverlangt eingesandten Manuskripten, die nicht zum Abdruck kommen, wird ausdrücklich abgelehnt.

Nachrichten aus aller Welt

Deutschland. Die Ferientageskolonien des Jüdischen Wohlfahrts- und Jugendamtes der Jüdischen Gemeinde Berlin haben mit dem 31. Juli ihr Ende gefunden. Während der diesjährigen großen Ferien konnten 2392 Kinder in Tageskolonien oder Heimen untergebracht oder mit Hilfe der Gemeinde zu Verwandten geschickt werden. Unabhängig von dieser Betreuung von Kindern in den großen Ferien ist die während des ganzen Jahres durchgeführte Verschickung erholungs- und kurbedürftiger Kinder, die nach strengster ärztlicher Vorschrift vor sich geht. Hierbei werden rund 1000 Kinder von der Gemeinde betreut.

Im Landjugendheim Wilhelminenhöhe der Hamburger Deutsch-Israelitischen Gemeinde wurde ein Ferienkurs für vierzig Kinder aus Kleingemeinden der Provinz Schleswig-Holstein eröffnet. Nach Beendigung des Kurses werden Kinder aus dem Rheinland in dem Heim einen Ferienkurs durchmachen und Insassen des jüdischen Waisenhauses in Dinslaken sich dort aufhalten.

Der älteste jüdische Friedhof in Leipzig, der Friedhof in Johannistal, wird demnächst aufgehoben werden. Der Friedhof, der 1815 von der Stadt Leipzig zur Verfügung gestellt wurde, ist seitdem im Eigentum der Stadt verblieben. Bis zur Gründung der Gemeinde Leipzig, im Jahre 1846, diente der Friedhof vornehmlich für die Bestattung verstorbener Messebesucher, bis zur Errichtung des Friedhofes an der Berliner Straße im Jahre 1861 für die Bestattung von Gemeindemitgliedern. Im Jahre 1864 wurde auf dem Friedhof die letzte Bestattung vorgenommen. Die nunmehr notwendig gewordene Freistellung des Friedhofes geschieht unter Berücksichtigung aller dafür bestehenden religionsgesetzlichen Vorschriften. Die Ueberreste der Bestatteten werden auf den neuen Friedhof überführt und dort beigesetzt werden.

Das Präsidium des Rates des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden hat nach Anhörung der zuständigen Bezirksrabbinate die Kultusgemeinden Acholshausen (Rabbinatsbezirk Kitzingen) und Trappstadt (Rabbinatsbezirk Burgpreppach) als aufgelöst erklärt.

★

Einem Bericht im Mitteilungsblatt des Preußischen Landesverbandes ist zu entnehmen, daß die sogenannte Binnenwanderung der Juden in Deutschland noch immer entgegen aller Erwartungen im Zunehmen begriffen ist. Gegenüber dem letzten Quartal 1936 sind die Wegzüge von 2282 auf 2823 gestiegen. Demgegenüber ist die Auswanderung mit 5101 gegenüber 5261 fast stabil geblieben. Der leichte Rückgang ist offenbar durch klimatische Gründe bedingt.

Jedenfalls zeigt die Zahl von 5101 Auswanderungsfällen, daß die Abwanderungsbewegung der Juden aus Deutschland unvermindert anhält. Bemerkenswert ist, daß die Auswanderung aus Berlin prozentual erheblich hinter der anderer Großstädte zurückbleibt. Die Berufsgliederung der Auswanderer läßt erkennen, daß der Anteil der selbständigen Kaufleute größer wird. Die Erhöhung der Ziffern für Berufslose und Schüler lassen erkennen, daß es sich in starkem Umfange um Familienauswanderung und um die sogenannte Nachwanderung handelt, d. h. daß bereits Ausgewanderte ihre Angehörigen nachkommen lassen.

★

Polen. Der Führer des abenteuerlichen „Erlösungsmarsches der Zehntausend" nach Palästina, Advokat Wilhelm Ryppel, ist von einem Warschauer Amtsgericht wegen Wachebeleidigung zu 300 Zloty Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Der Angeklagte gab zu, beleidigende Aeußerungen gegen die Polizei getan zu haben, als sein Zug 16 km von Warschau entfernt aufgelöst wurde. Es sei dies aber in Erregung geschehen, als er sah, daß seine Leute blutig mißhandelt wurden. Auf Fragen der Verteidiger erklärte Ryppel, er habe zwar keine schriftliche Erlaubnis zu der Veranstaltung des Marsches gehabt, jedoch geglaubt, daß eine solche nicht erforderlich sei. Der Regierungskommissar sei über alle Einzelheiten unterrichtet gewesen und auch dem Ministerpräsidenten habe er seine Absichten in einer dreiviertelstündigen Audienz dargelegt. Nach der Zeugenvernehmung beantragte der öffentliche Ankläger eine zweijährige Gefängnisstrafe mit der Begründung, es sei nicht anzunehmen, daß Ryppel an die Durchführbarkeit seines Unternehmens geglaubt hat. Die jungen Menschen seien durch ihn irregeleitet worden. Der Verteidiger, Advokat Margulis, wies demgegenüber darauf hin, daß Ryppel nur dem von allen Seiten ausgesprochenen Wunsch nach jüdischer Auswanderung entsprechen wollte. Ryppel selbst erklärte im Schlußwort, die von ihm gebildete „Jungjüdische Front" habe die Aufgabe gehabt, die Juden zu einem freien Leben auf eigenem Boden zu führen und die Umwelt zu bewegen, sie mit anderen Augen zu betrachten als es heute geschieht. Den Folgen seiner Tat wolle er sich nicht entziehen.

Ministerpräsident General Dr. Slawoj Skladkowski hat dem Vorsitzenden des Jüdischen Parlamentsklubs, Abg. Dr. Emil Sommerstein, versichert, daß die polnische Regierung die Einführung des Ghettos auf den öffentlichen Märkten nicht dulden werde.

Abg. Sommerstein hatte den Ministerpräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die jüdischen Markthändler in Kalisz von den Nationaldemokraten gezwungen wurden, Marktstände auf einem abgesonderten Teil des Marktes aufzustellen, und daß nationaldemokratische Posten christliche Käufer, die jüdische Geschäfte besuchen wollen, terrorisieren.

Der Ministerpräsident erklärte, die Stadtverwaltung von Kalisz werde unbekümmert um die Drohungen der Nationaldemokraten die Plätze auf dem Markt in der Reihenfolge der eingegangenen Bewerbungen zuteilen. Es würden auch Maßnahmen zum Schutz der christlichen Käuferschaft, die bei Juden kaufen will, vor dem Terror der nationaldemokratischen Posten getroffen werden.

In Kattowitz fand vor kurzem eine Tagung der Verbände öffentlicher Angestellter aus ganz Polen statt. Die Nationaldemokraten hatten zu dieser Tagung umfassende Vorbereitungen getroffen in der Absicht, die Annahme des Arier-Paragraphen durchzusetzen. Der Antrag wurde jedoch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. An der Spitze der Gruppe, die gegen die Einführung des Arier-Paragraphen gestimmt hat, stand der schlesische Wojwode Grazynski.

★

Ungarn. Das von dem Direktor des Budapester Statistischen Amtes herausgegebene „Statistische Taschenbuch" für das Jahr 1937 enthält auch Angaben über die Bevölkerungsbewegung bei den Juden. 1935 gab es in Budapest unter einer Bevölkerung von 1 060 431 Seelen 201 069 Juden (1930: 204 371), d. h. 19 Prozent (1930: 20,3 Prozent). Die Zunahme der jüdischen Bevölkerung von 1870 bis 1935 beträgt 156 179. Von 1931 bis 1935 dagegen hat die Zahl der Juden um 3302 abgenommen. (In den größeren Provinzstädten betrug die Zahl der Juden im Jahre 1930: in Miskolc: 10 862, Debrecen: 10 044, Szeged: 5560, Györ [Raab]: 5381, Pécs [Fünfkirchen]: 4030.) 1935 wurden 11 877, 1936: 12 386 Ehen geschlossen. Es gab 2205 jüdische Bräutigame und 2070 jüdische Bräute. Die Zahl der Mischehen betrug 1935 4166, davon 766 christlich-jüdische Ehen, 1936 4272, davon 775 christlich-jüdische Ehen. 1936 wurden 1753 jüdische Kinder geboren (8,7 pro Mill.). Die Sterblichkeitsziffer bei der jüdischen Bevölkerung von Budapest betrug 1935 3022 (15 pro Mill.) und 1936 2976 (14,8 pro Mill.). 1934 sind 624, 1936 358 Juden eingewandert. Selbstmorde wurden 1936 von 54 Juden und 48 Jüdinnen, 1936 von 36 Juden und 29 Jüdinnen begangen.

★

Tschechoslowakei. Am 1. August endete die Frist, die das Innenministerium den jüdischen Kultusgemeinden zur Ueberreichung von Vorschlägen über ihre Organisation gestellt hat. Der Oberste Rat der jüdischen Kultusgemeindenverbände in Böhmen und Mähren-Schlesien hat einen Entwurf ausgearbeitet, durch den das allgemeine und geheime Proportionalwahlrecht in den jüdischen Gemeinden eingeführt wird. Höchstes Vollzugs- und Kontrollorgan soll der Oberste Rat der jüdischen Gemeindeverbände mit einem Rabbinerkollegium und einem Rabbinatsgericht in religiösen Fragen sein. Die Verhandlungssprache des Obersten Rates soll nach dem Entwurf tschechisch sein.

Am 28. Juli wurde auf der Grünfläche vor der Alt-Neuschul das erste große Prager jüdische Denkmal „Moses" von der Gemeinde Prag aufgestellt. Die fast zwei Meter hohe Bronzestatue ist ein Werk des berühmten Bildhauers Frantisek Bilek. Die Jüdische Gemeinde hatte gegen die Aufstellung einer Statue vor der Alt-Neuschul, die eine Andachtsstätte für den streng orthodoxen Teil der Gemeinde ist, Einspruch erhoben.

★

Belgien. An der in Antwerpen vom 22. bis 25. August stattfindenden zweiten Konferenz des Weltverbandes der polnischen Juden im Auslande werden Vertreter aus 16 Ländern teilnehmen. Die Konferenz wird sich mit den Problemen befassen, die sich aus der rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Lage der polnischen Judenheit ergeben. Die Frage der Auswanderung polnischer Juden und ihre Ansiedlung in Palästina wird in den Beratungen einen breiten Raum einnehmen.

★

Frankreich. In der Ansprache, die der Generalkommissar der Pariser Weltausstellung, Labbé, anläßlich der Eröffnung des Internationalen Pavillons gehalten hat, widmete er auch anerkennende Worte den kulturellen Leistungen, die von Juden vollbracht worden sind. Wir freuen uns, sagte Generalkommissar Labbé, daß unter den vielen Nationen, die in diesem Pavillon Platz gefunden haben, sich auch eine befindet, die unter alle Völker zerstreut ist, und trotz dieser Zerstreuung hohe kulturelle Werte hervorgebracht hat.

In Paris ist Dir. David Schweizer, der Vizepräsident des europäischen Council des American Joint Distribution Committee und Finanzdirektor des Joint, zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden.

★

England. Eine Abordnung von Vertretern der Völkerbundsliga und anderer Körperschaften hat dem britischen Außenministerium neue Vorschläge zur Regelung der Fürsorge für Ausgewanderte durch den Völkerbund unterbreitet. Führer der Abordnung war der Erzbischof von Canterbury. Die Abordnung ist am Montag von dem Unterstaatssekretär für Aeußeres, Viscount Cranborne, empfangen worden. Das Foreign Office hat über diesen Empfang ein Kommuniqué ausgegeben, in dem mitgeteilt wird, daß die Abordnung auf die Besorgnisse weiter Kreise der britischen Oeffentlichkeit angesichts der für 1938 geplanten Schließung des Internationalen Nansen-Amtes und des gleichzeitigen Erlöschens des Auftrages des Oberkommissars für die aus Deutschland Ausgewanderten hinwies.

Altjüdisches Heerwesen

Der Staatszionismus findet den von ihm ausdrücklich bejahten Wehrwillen des jüdischen Volkes in jenen weiten Epochen der jüdischen Geschichte wieder, denen nicht nur das passive Heldentum eines erschütternden Märtyrertums, sondern auch die aktive und kämpferische Haltung der staatsmännischen Handlung und der kriegerischen Tat ihr Gepräge verliehen hat. Es sind die Zeiten, in denen jüdische Krieger ein jüdisches Staatswesen zu verteidigen hatten: also neben der Zeit der Makkabäer und Bar Kochba's das antike Judentum in den alten Königreichen Israel und Juda. Manche interessante Veröffentlichung der Vergangenheit, die sich auf das altjüdische Heerwesen bezieht, ist, in der bekannten fast allgemeinen Interesselosigkeit für jüdische Dinge, unbeachtet vorübergegangen; um so mehr besteht die Pflicht, nun auf sie aufmerksam zu machen. Zu ihnen gehört die kleine, aber inhaltreiche Arbeit des damaligen Königsberger Rabbiners Dr. Hermann Vogelstein: „Militärisches aus der israelitischen Königszeit", die sich in den Berichten über den Religionsunterricht der Königsberger Synagogengemeinde findet. Auf kleinem Raum hat Dr. Vogelstein hier auf Grund biblisch-sprachlicher Studien, durch Heranziehung aller auf das Heerwesen dieser Zeit bezüglichen Stellen und durch fortdauernden Vergleich unter ihnen, ein bemerkenswertes Material über das israelitische Heerwesen der Königszeit zusammengestellt, dem wir einige interessante Daten und Einzelheiten entnehmen.

Das israelitische Heer bestand ursprünglich aus dem Aufgebot aller waffenfähigen Männer, das anderswo „Heerbann" genannt wurde. Erst die Königszeit schafft ein stehendes Heer von Berufssoldaten. „Von alters her", sagt Vogelstein, „waren die Israeliten ein kriegerisches Volk, und die Lage des Landes wie die politischen Verhältnisse haben den kriegerischen Geist wach gehalten. Das Königtum verdankt seine Entstehung vorzugsweise der militärischen Notwendigkeit. Auf dem Schlachtfeld von Jabes ward es geboren, und der Charakter der Militärmonarchie tritt zeitweise, besonders unter David, deutlich in die Erscheinung". Es sind ja auch die Hauptleute des Heeres, die David zu Hebron die Krone anbieten. Auch in der späteren Zeit, als sich die Reiche Israel und Juda getrennt hatten, wurden die Führer des Heeres von diesem oft zu Königen gewählt. So wurde König Ela von Simri ermordet, der Kommandeur einer Streitwagenabteilung war. Die Armee aber — die sich auch hiermit als maßgeblicher Faktor erweist — verweigerte Simri die Huldigung und rief ihren Höchstkommandierenden Omri zum König aus. Es ist also derselbe Vorgang, der sich außerordentlich häufig in der antiken Welt im allgemeinen und im besonderen in der Geschichte des römischen Reiches bei der Wahl von Heerführern zu Königen und Cäsaren abgespielt hat.

War also das israelitische Königtum im Grunde aus dem Soldatentum hervorgegangen — Saul und David waren Kriegshelden gewesen, ehe sie Könige wurden — so wußten diese Könige dafür, was sie dem Heere zu danken hatten und welchen Wert es besaß; wie überall im antiken Staatsleben hingen König und Heer innig zusammen. Das von eigentlich allen Seiten offene Land Palästinas konnte auch nur durch ein stehendes schlagfertiges Heer geschützt werden, da im Falle eines plötzlichen feindlichen Einfalls der altisraelitische Heerbann sich als zu langsam und zu schwerfällig erwies. So wandten denn die Könige der Pflege des Heerwesens die größte Aufmerksamkeit zu.

Schon von Saul wird berichtet, daß er große und starke Männer „zu sich nahm" und sich so eine Leibgarde schuf; diese bildete denn auch später oft die Kerntruppe des Heeres. Auch ausländische Söldner wurden herangezogen; die sprichwörtlich oft genannten „Krethi und Plethi" waren Truppen kretischer und philistäischer Herkunft, die David und wohl noch Salomo dienten. Ebenso dienten Hethiter im Heere; das beweist der Fall des deutlich als Hethiter bezeichneten Uria, der das Unglück hatte, der Gatte einer vom König begehrten Frau zu sein.

Die Wehrpflicht begann mit dem 20. Lebensjahre; junge Ehemänner waren im ersten Jahre ihrer Ehe von ihr befreit. Hier erblicken wir noch einen Ueberrest der altisraelitischen Aufgebots-Bestimmungen, die schon in den Büchern Mose' und Josua erwähnt werden; es ist also anzunehmen, daß bedeutende Teile dieser alten Bestimmungen noch in Kraft geblieben waren.

Das Aushebungsgeschäft oblag dem Höchstkommandierenden; sein Schreiber („Sofer") leitete es. In der Königszeit erfolgte die Aushebung kantonal und nicht, wie im altisraelitischen Aufgebot, nach Familien und Geschlechtern. Die kleinste Einheit der aufgestellten Truppe war eine Fünfzigschaft, der als höhere eine Hundertschaft folgte; die Tausendschaft war bereits ein selbständig operationsfähiger Truppenkörper. Rang und Titel des Truppführers hingen von der Größe der Truppeneinheit ab, die er führte; und so wurden Titel und Rang in Verbindung mit dieser genannt. Diese die Ranghöhe kenntlich machende Bezeichnung entsprach also den neueren Benennungen als Zugführer, Kompagnieführer, Bataillonsführer usw. Die Quartiere oder Zelte der Truppführer im Feldlager oder Biwak waren von denen der Mannschaft abgesondert.

Der „Gibbor" war ursprünglich der Krieger, der Held, konnte aber auch — wohl sinnbildlich — den auf andere Weise Macht- und Einflußreichen, den Wohlhabenden, bezeichnen. In der Königszeit wird diese Benennung, gemäß dem antiken Brauch, wonach der stärkste und tapferste Krieger stets die Anwartschaft zum Heerführer besitzt, nben den obengenannten Bezeichnungen auch zur Kennzeichnung der Hauptleute und Heerführer gebraucht. Nach dem Hohenliede und der altjüdischen Sage haben sechzig solcher Helden den Schlaf Salomos bewacht. Der Höchstkommandierende aber führte noch eine besondere Bezeichnung.

Der Held erhebt das Kriegs- und Feldgeschrei, um dem Heere seinen Mut, seinen Ingrimm einzuflößen; doch war diesen naturnahen Menschen ebenso wie den homerischen Helden auch die naive Aeußerung des Schmerzes erlaubt. Ist der Held tödlich getroffen, so kann dies verhängnisvoll für den Ausgang der Schlacht werden: so fliehen die Philister, als Goliat, ihr größter Held, von Davids Hand gefallen ist.

Das Heer zerfiel in Leicht- und Schwerbewaffnete, in Fußvolk und Schützen. Später traten noch die Reiterei und Spezialtruppen wie die Schleuderer bei der Bedienung der Wurfmaschinen hinzu. „Bei den Schwerbewaffneten", sagt hier Vogelstein, „lag im allgemeinen die Entscheidung des Kampfes, bei ihnen war die Wucht des Angriffs und die Kraft des Widerstandes. Ihrer ganzen Bewaffnung nach waren sie eine vorzugsweise, wenn nicht ausschließlich, für den Nahkampf verwendete und verwendbare Truppe. Sie führten Lanze, Schwert und Schild, vielleicht auch den leichten Bogen... Bei unglücklichem Ausgang der Schlacht waren diese Schwerbewaffneten bei scharfer Verfolgung durch den Feind natürlich vollständig verloren..." Die Gibborim, die Hauptleute, scheinen zu ihrer schweren Bewaffnung auch noch den Bogen geführt zu haben; aber diese hatten ihren Schild- und Waffenträger bei sich.

Neben diesen Schwerbewaffneten, die den Hopliten der griechischen Heere entsprachen, gab es noch leichteres Fußvolk, das der Reiterei gleichgestellt und in dem oft gebirgigen Gelände zeitweise besser als diese zu verwenden war. Vogelstein nimmt, da genauere Angaben über ihre Bewaffnung fehlen, an, daß sie mit Bogen oder Schleuder, vielleicht auch mit leichten Wurfspießen ausgerüstet waren. Die Schleuder, die David gegen Goliat geführt hatte, war also eine damals verbreitete Waffe — das ihr innewohnende Prinzip sehen wir in dem modernen „Hammer"-Sport wirken. Diese leichtbewegliche Infanterie war leichter aus dem Gefecht zu ziehen und vor der Vernichtung zu retten als die Schwerbewaffneten.

Dann gab es eine Truppe schwerer Bogenschützen, die von festem Standpunkt aus kämpften und bei Vor- oder Rückmarsch außer Aktion blieben. Sie führten einen großen und schweren Bogen, der zuweilen aus Erz gefertigt war, und den man nur spannen konnte, indem man, die Sehne in der Faust, den Fuß gegen den Bogen stemmte.

Die Reiterei wurde von Salomo eingeführt, der auch Streitwagen-Abteilungen schuf; die Pferde kamen aus Aegypten. Bis dahin ritten auch die Führer auf Maulesel. Der Reiter hieß „Pheresch"; da es aber für den gewöhnlichen Kavalleristen noch zwei andere Bezeichnungen gibt, vermutet Vogelstein, daß das erstgenannte Wort mehr im Sinne des Wortes „Ritter" gebraucht wurde. Auch die Luthersche Bibelübersetzung spricht II. Kön. 7, 2 von dem Ritter, auf den sich der König stützt. In der Tat bildete sich eine Aristokratie, in der die Führer des Heeres einen bedeutenden Platz einnahmen. Die Reiterei diente auch zur Erkundung und Aufklärung, wie II. Kön. 7, 13 zeigt. Aehnlich werden, wohl als Ordonnanzen, mehrfach Läufer genannt.

So geben uns die militärischen Verhältnisse der Königszeit die Vorstellung eines völlig durchgebildeten Heereskörpers, der der Organisation anderer antiker Heere entsprach und ihnen zu dieser Zeit ebenbürtig war. Es mußten, neben der Uneinigkeit im jüdischen Lager, übermächtige Feinde und große Weltmächte auftreten, um später diese militärische Organisation eines kleinen Stammes in tragischen Kämpfen zu zerschlagen.

L. R.

EREZ ISRAEL

Gedenktag für Abraham Donagi

Ein Jahr, nachdem Abraham Donagi den Heldentod erlitt, wurde der Gedenkstein auf dem alten Friedhof bei Petach Tikwa enthüllt. Nachdem am Schabbat des 1. Av ein Gedenkgottesdienst in der großen Synagoge stattgefunden hatte, war für Sonntag nachmittag, 3 Uhr, der Marsch zum Grabe angeordnet. Gruppen von Betarim in Uniform waren Sonntag schon in den Morgenstunden in der Stadt zu sehen, teils hiesige, die für den Aufmarsch rüsteten, teils Betarim aus der näheren Umgebung, aus Tel Aviv und Jerusalem, die im Laufe des Vormittags eintrafen.

Nachmittags 2 Uhr fand ein Appell vor dem Heim des Betar statt, Plugot und Ehrenabteilungen mit Fahnen und Kränzen nahmen Aufstellung, und von da sollte der Abmarsch zum Friedhof beginnen.

Die Polizei stand in Alarmbereitschaft. Britische Polizei-Abteilungen mit Stahlhelm und Gewehr waren in Lastautos angerückt und patrouillierten durch die Straßen. Jene britische Polizei, die zur Zeit der Unruhen bei Mord und Raub an Juden nicht zu sehen war oder — fünf Minuten zu spät kam, die durch ihre „Sicherheitsmaßnahmen" den Tod Donagis mitverschuldet hatte, sah nun ihre Aufgabe darin, durch lächerliche und widersinnige Anordnungen die Würde des Trauerzuges zu stören.

Die erste Anordnung, die erlassen wurde, war, daß zwar der Aufmarsch in Reihen stattfinden dürfe, aber daß von einer Reihe zur zweiten 10 Yard (10 Schritte) Abstand sein müßten. So verwandelte die Polizei den Grabgang unfreiwillig in eine Demonstration, die sich kilometerweit erstreckte. Da auch dies nicht geduldet werden konnte, gab der höhere Offizier die Anordnung heraus, es sei von einer Reihe zur zweiten 50 Yard (!) Abstand zu wahren. Es war offenbar, daß man den Anmarsch stören und provozieren wollte. Selbstverständlich wurde diese sinnlose Anordnung nicht eingehalten und nur durch ein Wunder kam es zu keinen ernsten Zusammenstößen.

★

Der Weg zum Friedhof führt aus der Stadt auf einem sandigen Weg heraus, geht dann eine lange Strecke am Bahndamm entlang, bis rechts an einer Einbiegung, von Pardessim umgeben, der Friedhof auftaucht. Die Pardessanim wollten das kostbare Stück Boden bisher für den Bau einer Chaussee nicht hergeben, und so ist der Zugang recht beschwerlich.

Am Grabe Donagis... Von blau-weißer Fahne bedeckt das Denkmal. — Aus Stein gemeißelt. — Schild und Sichel, das Abzeichen des Betar in Erez Israel. Auf dem Gedenkstein, künstlerisch modelliert, Gewehr und Betarmütze Donagis.

Die Plugot formieren sich. Pluga „Nordau", der Donagi angehörte, tritt vor. Der Mefaked zieht das Pluga-Buch aus der Tasche und ruft die Namen auf: Jizchak K.? — Hier! wird geantwortet. Mosche S.? — Hier! — Schmuel F.? — Hier! — Jaakow A.? — Hier! — Awraham Donagi? — Stille. Nochmals, lauter: Awraham Donagi? — Schweigen ringsum. Zum dritten Male laut: Awraham Donagi? — Der Szgan Mekafed tritt vor. Spricht, schwer um Beherrschung ringend:

Das Grabmal des gefallenen Betari Abraham Donagi, auf dem Friedhof von Petach Tikwa Privataufnahme

„Awraham Donagi hat vor Jahresfrist Dispens genommen, ist zur Schmira nach Ewen Jehuda gegangen und dort am 2. Av mit dem Gewehr in der Hand gefallen."

Erschütterndes Schluchzen ertönt — die Mutter Donagis ist am Grabe zusammengebrochen. Es fällt schwer, die Tränen zurückzuhalten...

★

Naziw Eri Jabotinsky spricht: „Wir haben Trumpeldor zum Vorbild genommen und nun sind auch in unseren Reihen Helden erstanden... Wie Donagi ist die ganze Betargeneration zu kämpfen und zu fallen bereit." Stampfer, Bürgermeister von Petach Tikwa: „Wir müssen unsere Helden ehren und Beispiele an ihnen nehmen..." Schapiro, Leiter der Bürgerwehr: „Seit 1880 bin ich in diesem Lande und kenne den Ort, als er noch wüst war. Heute sind wir schon weiter und das Blut Donagis verpflichtet uns, für das große Ziel zu kämpfen." Ing. Ginsburg, Stadtverordneter der Partei: „Ein Vermächtnis hat Donagi euch hinterlassen, die Treue. Treue zur Idee, Treue zum Rosch Betar. Hier wollen wir geloben: Dieses Land wird unser sein, ungeteilt, zu beiden Seiten des Jordans."

Kränze werden niedergelegt. Abteilung nach Abteilung tritt vor, salutiert, tritt ab. Erst die Pluga Donagis, dann die Ehrenabteilungen. Besonderen Eindruck macht die Abteilung der Hilfspolizisten, die ihren gefallenen Kameraden durch Niederlegung eines Kranzes ehren. Dann hallt die Hymne „Betar" auf:

„... aus Staub und Verwesung — mit Blut und Schweiß ist eine neue Rasse entstanden — stolz, edel und hart..."

Und dröhnt am Schluß:

„... setzt Blut und Leben ein — für das erhabene Ziel zu sterben, oder den Weg zur Freiheit zu erobern."

Der letzte Salut — dann verlassen die Betarim stumm das Grab ihres gefallenen Kameraden — neuem Leben und neuem Kampfe entgegen...

Schlomo ben Zion.

„Erez Israel" oder „Liberia"?

Die Mission der Kgl. Kommission ist nun erfüllt. Von ihrer Expedition nach Palästina zurückgekehrt, hat sie ihren Bericht zu Papier gebracht, ihre Empfehlungen unterbreitet, welche die britische Regierung sich zu eigen macht. Ein wohl ausgeklügeltes System von Prämissen und Konklusionen ist in diesem Bericht ausgearbeitet worden, dessen zwingende Logik und Gründlichkeit in Erstaunen setzt: Fast bestätigt sie den in jüdischen Kreisen längst schon regen Verdacht, daß im Anfang die Konklusion fix und fertig im Colonial Office vorgelegen hat, für welche die britische Administration die passenden Prämissen in Auftrag gegeben habe. Um zur erwünschten Konklusion zu gelangen, brauchte man das Tribunal der Kgl. Kommission, und um diese ins Leben zu rufen, brauchte man — einen Aufstand. Um den Aufstand zu erzielen und monatelang wach zu erhalten, brauchte man Wauchopes nicht funktionierende Verwaltung mit den auf Urlaub befindlichen Staatsanwälten, Gerichten, die nichtfunktionierende Polizei, das immer zu spät eintreffende Militär usw. Denn es ist immerhin doch bemerkenswert, wie gut Wauchopes Verwaltung im Gegensatz zu 1936 funktioniert, wenn — wie jetzt — ein arabischer Aufruhr nicht in das System der dem Colonial Office erwünschten Prämissen paßt!

Vor uns Juden liegen nun die Folgen des Gerichts der Kgl. Kommission und wir sind, nach dem ersten Schrecken wieder gefaßt, in der Lage, sie mit Objektivität zu beurteilen. Von den Folgen aus gesehen, war die Expedition der Kgl. Kommission für uns Juden fraglos eine Strafexpedition: sie beglückt uns nicht nur mit einer Grenzziehung, die um jedes arabische Aufrührerdorf oder Rebellenstädtchen in weitem Bogen herumläuft, mit Enklaven und Korridoren, die wie Zwingburgen ins jüdische Land hineinragen, und schließlich mit einem Jahrestribut an irgendeinen ad hoc willkürlich ins Leben gerufenen Staat von arabischen Mordbrennern und „Pfadfindern", welche die britische Mandats-Verwaltung (sic!) in Palästina großgezogen hat; nein, sie statuiert gleichzeitig auch die Sanktionen für den Fall der Nichtannahme nach dem Muster der aus dem Dreißigjährigen Kriege bekannten Dragonaden. Damals legte der katholische Landesherr seinen evangelischen Untertanen, die sich der Gegenreformation nicht beugen wollten, eine angemessene Zahl brutaler Dragoner ins Quartier mit der Aufgabe, sie solange zu drangsalieren, bis sie mürbe werden für den Landesherrlich gewünschten Konfessionswechsel. Heute beschränkt der britische Landesherr willkürlich die jüdische Einwanderung auf ein Minimum, zu dem Zwecke, eine auf Zertifikate eingestellte Jewish Agency mürbe zu machen für die Annahme des Peelschen Teilungsplanes.

Aber neben dieser brutalen Art hat der Teilungsplan auch eine verzuckerte, verführerische Seite. Es soll bei Gott nicht danach aussehen, als sei er dem jüdischen Volke mit der Knute, mit der Drosselung der für den Zionismus vitalen Einwanderung abgepresst worden! Es wimmelt in dem Projekt von Zuckerplätzchen, mit denen man naive Seelen fängt; Souveränität, Selbstregierung, Vertretung im Völkerbund, das ist der Flitter, welchen man geschickt über das Lumpengewand genäht hat, in welches das jüdische Volk hineingenötigt werden soll. Und schon beißen sie an, die naiven Seelen — mit Speck fängt man Mäuse —, sie alle, welche den Judenstaat für eine Utopie der närrischen Revisionisten gehalten haben, sie alle, welchen die „G'schaftelhuberei" des Aufbaues, die „Konstruktiven Ideen", immer das Um und Auf ihres seichten Zionismus gewesen sind, ohne jemals sich Rechenschaft darüber gegeben zu haben, was sie denn aufzubauen gedachten. Der jüdische „Mann von der Straße" geht mit der gleichen unbekümmerten Naivität auf den Leim dieses „Judenstaates", mit welcher er seine Spargroschen in die blaue Büchse der rot verwalteten Fonds warf, mit welcher er den Schekel als ein Glaubensbekenntnis und den, der ihn zerriß, als einen Ketzer betrachtete. Und wie der naive kleine „Mann von der Straße" sein Urteil etwa so zusammenfaßt: „Zwar klein, aber doch immerhin wenigstens ein ‚Judenstaat' ...", so stellt sich auch heute schon jene auf die Naivität des kleinen Mannes geschickt spekulierende Partei der sozialistischen Arbeiter politisch ein: Zwar sind die Grenzen zu eng, verschiedene Details untragbar und daher zu ändern, aber im Prinzip ist der Vorschlag annehmbar.

★

Der jüdische „Mann von der Straße" hüte sich, in diesem für ihn und sein Volk entscheidenden Augenblick auf diesen frivolen Ausweg zu verfallen. Es sagt sich leicht: Nach uns kommen andere Generationen, wir können nicht alles erreichen, mögen die Generationen nach uns weiter arbeiten! Man vergesse nicht, daß aufgegebene Positionen schwerer wiederzugewinnen sind als neu zu erobernde, und man entledige sich nicht leichtsinnig seiner gegenwärtigen Verpflichtungen, indem man Vertrauen heuchelt auf ein besseres Morgen! Was soll das Gerede vom „Uebergangszustand", vom „Größeren Bundesstaat"? Der Zionismus ist exklusiv, d. h. er anerkennt nur eine Kompetenz für den Besitz und die Verwaltung Erez Israels und das ist die des jüdischen Volkes. Er ist unteilbar, das heißt, er kennt keine Teilung der Verantwortung für das Schicksal Erez Israels zwischen dem jüdischen Volk und anderen Faktoren, seien sie nun „Bundesstaaten" oder Araber-Stämme oder Emire. Der Zionismus ist nicht binational, wenn auch diese Fälschung wiederholt versucht wurde, er hat alle Sorge für das Schicksal auch der Araber, die „in unseren Toren wohnen" und wird ihre Rechte um kein Haar breit mindern, aber er legt diese Sorge, welche ein Teil der exklusiven jüdischen Sorge um Erez Israel ist, in die einzige Hand, der sie obliegt, in die Hand des jüdischen Volkes.

Es kann keine doppelte Irredenta geben um Erez Israel, keine arabische neben der jüdischen etwa, wie es für die Einigung Italiens nur eine, die italienische Irredenta geben konnte.

Und gerade darum, weil wir wissen, daß es nur eine Verantwortung für das Schicksal Erez Israels gibt, die unser ist, müssen wir im vollen Bewußtsein dieser großen Verantwortung jede Lösung ablehnen, die dem jüdischen Volke nicht die Totalität seines Landes überantwortet, müssen wir jede nicht exklusive Lösung verwerfen. Erez Israel kann nur durch die Zions-Idee aufgebaut werden, nicht aber durch die Jewish Agency und Nablus zusammen.

Eine Führung, welche sich dieser Verantwortung bewußt ist, und nicht eine Agency, die Immigration und Kolonisation dirigiert, eine vom jüdischen Volke erwählte Führung wird die Größe haben, das Peelsche Angebot als ganzes zu verwerfen um seines Geistes willen. Und England wird sich entweder vor der Größe des jüdischen Anspruches beugen oder den Mut haben müssen, das Mandat über Palästina niederzulegen, weil die von ihm dem Emir von Transjordanien gemachten Versprechungen nicht eingehalten werden können.

Der Peelsche Bericht aber wird — was immer kommen mag — in der jüdischen Geschichte lebendig und wirksam bleiben bis zur Errichtung des Judenstaates östlich und westlich des Jordans, denn dieser Bericht anerkennt seine Notwendigkeit und Möglichkeit: ein politischer Erfolg, weit größer als die Balfourdeklaration; ein günstiger Start zum Enderfolg.

★

Bleibt noch der Packsack, das heißt das Kompromiß der neunmal Weisen: Kein Erez Israel, sondern ein Palästina, an dessen Wiege zwei eifersüchtige Mütter stehen; eine reiche in der Ebene Saron und eine arme, neidische, verbitterte im Gebirge Samaria. Zwei Staaten in einem Lande, dessen einige Seele in keinem der beiden ist.

In den Häfen des verstümmelten Judenstaates werden Auswanderer landen ohne Enthusiasmus, beladen mit der Mutlosigkeit der Galut, empfangen ohne Freude, mit der Sorge um das bißchen Raum, der mit jedem Ankömmling enger werden wird, bis der Packsack voll ist. Sie werden sich in ihm niederlassen ohne das Gefühl der Erlösung, ohne die Aufgabe, Weg zu bereiten für andere, die nach ihnen kommen sollen. Sie werden in sich ihr Volk nicht erneuern, sondern die mitgebrachte Lehnkultur vertauschen mit einer neuen, gleichwertigen, die Kultur der Galut mit der der Levante.

Es wird die Wiederholung eines Experimentes werden, das im vorigen Jahrhundert an der Westküste Afrikas versucht wurde mit der Kolonisation kultivierter Neger aus den Vereinigten Staaten in Liberia. Dort wohnen ihre Nachkommen, die wieder afrikanische Neger geworden sind, anstatt ihre eingeborenen Brüder auf ihr Niveau hinaufzuziehen.

Und die kultivierten Neger der Vereinigten Staaten vegetieren weiter in den amerikanischen Süd- und Nordstaaten, ohne wahre Heimat, deklassiert als „coloured People" und ohne Hoffnung auf seelische Erlösung — trotz Liberia.

So sieht ein Staat aus, der seine Einwohner durch kein Ideal, durch keinen Mythos an sich bindet. Unser Reichtum ist unser Mythos, der Zionismus. Wehe dem „Judenstaat", in welchem der Zionismus ersticken muß!

Kann man sagen, der Anzug ist zwar zu klein, er paßt mir nicht, aber — es ist doch immerhin ein Anzug? Einen solchen Anzug kann der Schneider in seine Auslage stellen, wie einen wirklichen, gut ausgearbeiteten Anzug aus gutem — fast hätte ich gesagt, englischem — Stoff, aber der Mann, für den er zu klein ist, auf dessen Körper er nicht paßt, wird ihn nicht annehmen und kann ihn nicht tragen.

Ein solcher schlecht sitzender, verpfuschter Anzug ist der im Atelier von Peel, Coupland & Co. für das jüdische Volk angefertigte „Judenstaat". Wie bei einem verpfuschten Anzug geht es hier nicht um die paar Zentimeter, um welche die Aermel zu kurz, die Brust zu eng, die Hose zu knapp ist: Er sitzt einfach nicht, er ist kein Anzug für mich.

Der Peelsche Judenstaat ist nicht unannehmbar, weil er in der Mitte zu eng ist, weil ihm der linke Aermel und ein großes Stück unten fehlt, er ist unannehmbar, weil er das Problem des jüdischen Volkes nicht löst. Der Judenstaat, der richtige Judenstaat muß nämlich den Zionismus nicht beendigen, indem er ihn weiterhin unmöglich macht, sondern er muß ihn vollenden. Er muß Raum und Möglichkeit bieten für die Erlösung des jüdischen Volkes als ganzes: fruchtbar oder Wüste, unbewohnt oder besiedelt von Volksfremden, muß er dem idealen Drang unseres Volkes — und dieser Drang heißt Zionismus — ein sichtbares, leuchtendes Ziel bleiben können wie die Oase für den Wüstenwanderer; nicht aber ein schnell vollgestopfter Packsack, der vierhundert-

tausend aufnehmen kann, für alle übrigen Aufnahme Heischenden aber nichts anderes sein kann, als ein Gegenstand des Neides, das Heim der glücklichen Anderen, die seinesgleichen sind und ihn — ausschließen.

★

Die neunmal Weisen der Histadrut-Rundschau sagen: „Man übersehe nicht die Vorteile, die uns durch Fortfall jener Gebiete erwachsen, die voraussichtlich ohnehin nie von Juden kolonisiert werden könnten, und man hüte sich, die Sache so zu sehen, als ob es gar keinen arabischen Faktor in Erez Israel gebe." Und die gegenwärtige Lösung sei nur ein „Uebergangs-Zustand, denn derartige Zwergstaaten seien ohnehin nicht lebensfähig" und „als definitive Lösung dürfte ein größerer Bundesstaat vorschweben", also mit dürren Worten: Der Anzug sitzt nicht, aber zieht ihn doch ruhig an, wir werden dann schon irgendwie an ihm herumflicken, bis er sich tragen läßt!

Politische Notizen

Die Debatten im britischen Ober- und Unterhaus wurden hier begreiflicherweise mit großer Spannung verfolgt. Als das Ergebnis, die Verschiebung der Beschlußfassung, bekannt wurde, schüttelte mancher den Kopf. Was, die Regierung, die eine so scharfe und bestimmte Haltung in der Teilungsfrage eingenommen hatte, sollte da schon zurückgewichen sein? — In den Kreisen, die sich emsig bemüht hatten, dem Jischuw einzureden: „die Teilung ist eine beschlossene Sache, es hat keinen Sinn, sich ihr zu widersetzen, ja, es lohnt nicht, es auch nur zu versuchen", macht sich eine gewisse Enttäuschung bemerkbar. Als die Extrablätter der NZO. den ersten Sieg des politischen Kampfes Jabotinskys in London ankündigten, war es, als ob der Jischuw diese „Uebersichergehenlassen"-Psychologie von sich abgeschüttelt hätte und nun mit ganz anderem Mut an die Abwehr des Anschlages herangeht.

Die Worte des „Zionisten" Samuel, der im Oberhause erklärte, die Juden würden sich mit einer Alijabeschränkung einverstanden erklären und bereit sein, eine Abmachung zu treffen, 40 Prozent der Gesamtbevölkerung nicht zu überschreiten — also ewige Minderheit zu bleiben — haben in Erez Israel starke Empörung bei allen Schichten hervorgerufen. (Wenn man in Betracht zieht, daß der jüdische Bevölkerungsanteil heute schon fast 33 Prozent beträgt, so kann man sich vorstellen, welche Aussichten der weiteren Alija bevorstehen.) Die Gegenleistung jedoch, die Samuel auf Grund dieser Abmachung mit den Arabern erwartet, ist eine noch stärkere Zumutung! Den Juden soll nämlich dann „erlaubt" werden, Siedlungen in den arabischen Ländern vorzunehmen, die ein gewisses Maß nicht übersteigen. Daraus ergibt sich, daß die Aufgabe des Zionismus in Zukunft z. B. darin bestehen dürfte, anstatt die geknechteten Juden aus Jemen nach Erez Israel zu retten, nach dort weitere Juden hinzuschicken, und so von sich aus für eine Zerstreuung und Knechtung der Juden in der Gola zu wirken.

Eine solche Absurdität vorzutragen, war dem „Zionisten" Samuel vorbehalten, denn keiner der arabophilen Lords hat eine ähnliche Ungeheuerlichkeit vorzubringen gewagt. Man beginnt im Jischuw zu verstehen, daß solch eine Auffassung vom „Zionismus" nur durch die Führung Weizmanns und seine politischen Erklärungen möglich wurde. Da Samuel jedoch zu seinen Vorschlägen bereits das Einverständnis der Juden ankündigte, geschah das noch größere Absurdum, daß der Erzbischof von Canterbury dem „Zionisten" Samuel entgegentreten mußte mit der Feststellung, daß die Juden sich mit einer Einwanderungsbeschränkung nicht einverstanden erklären würden und die Forderung nach der Einverleibung Jerusalems in den jüdischen Staat nicht aufgeben würden.

Nach dem Erzbischof von Canterbury sah sich auch der Waad Leumi veranlaßt, einen Protest gegen die Worte Samuels einzulegen. Der „radikalen" Stimmung zufolge ging folgendes Telegramm nach London ab: „Der Jischuw wird sich niemals mit einer Einwanderungsbeschränkung einverstanden erklären, außer aus wirtschaftlichen Gründen". (Man beachte die „scharfe" Formulierung, besonders des zweiten Teils.) Als ob nicht alle Einwanderungsbeschränkungen zuerst auch mit wirtschaftlichen Gründen motiviert werden können, und als ob es nicht Pflicht der Administration wäre, die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit zu schaffen.

Eine bessere Antwort hat die Jugend dem Lord Samuel erteilt. Die Straßenschilder des „Herbert Samuel Square" in Tel Aviv waren tags darauf schwarz überstrichen und daneben in Schlagzeile angekündigt:

„Dein Name sei ausgelöscht von Israel".

Das ist das wirkliche Gefühl, das heute vom Jischuw dem „Zionisten" Samuel entgegengebracht wird.

Kurz berichtet

Eine sechs Mann starke arabische Bande hat am Freitag-Nachmittag bei Dschenin vier mit Touristen besetzte Autobusse der Gesellschaft Egged auf der Fahrt von Haifa nach Tel Aviv angehalten. Die Passagiere wurden ausgeraubt. Auf die Autos wurden mehrere Schüsse abgegeben, ein Auto wurde beschädigt.

Der einflußreiche Scheich des Dorfes Lifta bei Jerusalem, der sich bei den Gemeindewahlen für die Interessen der Nashashibi-Partei stark eingesetzt hat, ist, als er die Omar-Moschee verließ, von Terroristen durch Schüsse verletzt worden.

Dem arabischen Dorf Um el Fachem bei Dschenin ist eine früher auferlegte, aber gestundete Kollektivstrafe von 450 Pfund von neuem auferlegt worden, weil Araber, die vermutlich aus diesem Dorfe stammen, einen Angriff auf ein Zeltlager von Arbeitern der Palestine Electric Corporation unternommen haben. An dem Ueberfall hatte eine 17 Mann starke bewaffnete Bande teilgenommen. Nach Beschießung des Lagers waren die Zelte angezündet worden.

★

Die „Times" vom 30. Juli veröffentlicht drei Zuschriften zur Frage des MacMahon-Briefwechsels. Lord Lamington verlangt die Veröffentlichung dieser Korrespondenz, James Malcom erklärt, daß die Frage durch den Vertrag, den Emir Feisal mit Weizmann geschlossen hat, und durch das Mandat selbst endgültig geregelt sei, während Beckles Wilson, der 1918 dem Nachrichtendienst in Palästina angehört hat, feststellt, Palästina sei bei Kriegsschluß von allen als künftige jüdische Heimstätte angesehen worden und die arabische Bevölkerung habe dies gewußt und sich damit abgefunden.

★

High Commissioner Sir Arthur Wauchope hat eine Anzahl jüdischer Siedlungen im Schomrom besucht. Auf dieser Fahrt befand sich in seiner Begleitung u. a. der Direktor der Pica, D. Wolfsohn.

Der Distriktskommissar des Süddistrikts, Crosby, hat mit Vertretern verschiedener Bevölkerungskreise über den Teilungsplan gesprochen, um die allgemeine Stimmung festzustellen.

★

Der Vorsitzende des amerikanischen Aerztekomitees für die Hebräische Universität und des Komitees für die Hadassa-Rothschild-Universitätsklinik, Dr. Nathan Ratnoff, ist am 29. Juli in Jerusalem eingetroffen.

★

Am 1. August hat in Jerusalem der erste Vizebürgermeister, Daniel Auster, die Leitung der Geschäfte der Stadtverwaltung übernommen, da Bürgermeister Dr. Khaldi einen zweimonatigen Urlaub angetreten hat, den er im Libanon verbringen will.

In Haifa wurde der jüdische Stadtverordnete David H. Cohen von dem Distriktskommissar zum Stellvertreter des Bürgermeisters für die Zeit seines Urlaubes ernannt.

★

Im südpalästinensischen Steppengebiet bei Beer Tuwia, 27 km südöstlich von Rechowot, wurde eine neue Siedlung, die den Namen Kfar Menachem erhalten hat, gegründet. Etwa 80 bis 100 Chaluzim aus Giwat Brenner haben, mit allen nötigen Materialien ausgestattet, den Siedlungspunkt schlagartig besetzt. Ein Wasser- und Beobachtungsturm wird errichtet und eine Stacheldrahtumzäunung hergestellt. Vierzig Wächter haben die Siedler begleitet und Beobachtungspunkte auf den umliegenden Bergen besetzt. An der Landnahme beteiligten sich zahlreiche Gäste aus den benachbarten Kolonien.

★

In den letzten drei Wochen sind 24 neue Kooperativ-Gesellschaften, 12 arabische und 12 jüdische, registriert worden. Von den jüdischen Genossenschaften ist eine Arbeitskooperative in Jerusalem, weiter eine Bäckereigesellschaft in Kfar Saba und eine Transportgenossenschaft in Tel Aviv. In Natania und in einer anderen Siedlung wurden landwirtschaftliche Absatzgenossenschaften gegründet.

★

In der letzten Woche sind 27 neue Unternehmungen mit einem Kapital von über 118 000 Pfund gegründet worden. Die Ungewißheit der politischen Situation hat somit keineswegs zu einer Unterbindung der wirtschaftlichen Tätigkeit geführt. Vier bestehende Aktiengesellschaften haben ihr Kapital von 25 000 auf 47 000 Pfund erhöht, und zwar die Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik Elit, die Union-, Bau- und Investierungsgesellschaft, die Hadar Hacarmel-Bank und die Davids Ltd.

★

Bei der vor kurzem in Haifa abgehaltenen Generalversammlung der Gesellschaft für die Herstellung von elektrischen Kabeln wurde die Bilanz des am 31. März abgeschlossenen Geschäftsjahres genehmigt. Im letzten Jahr wurden die Gebäude der Fabrik fertiggestellt und die Maschinenanlage vollendet. Der Betrieb wurde Mitte September 1936 aufgenommen, die technische Produktionsmöglichkeit konnte jedoch infolge Mangel an Betriebskapital nicht voll ausgenutzt werden.

★

Der Verbrauch von Kraftstrom ist in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres im Vergleich zu demselben Zeitraum des vergangenen Jahres gesunken. Dieser Rückgang betrifft jedoch nur die Ruthenberg-Gesellschaft, die 7,72 Millionen Kilowatt Kraftstrom, statt wie früher 8,5 Millionen geliefert hat, dagegen ist die Lieferung von Kraftstrom durch die Jerusalemer Elektrizitätsgesellschaft von 296 000 Kilowatt in den ersten vier Monaten 1936 auf 703 000 Kilowatt in diesem Jahr gestiegen. Der Gesamtverbrauch von elektrischem Kraft- und Lichtstrom, der von beiden Gesellschaften geliefert wird, betrug 18,4 Millionen Kilowatt gegenüber 17,4 Millionen im gleichen Zeitraum des Jahres 1936.

★

Die neue automatische Telephonzentrale in Jerusalem wird voraussichtlich im Januar den Betrieb aufnehmen. Durch diese Zentrale werden 20 000 Teilnehmer bedient werden können.

Vor kurzem wurde mit dem Bau der neuen Chaussee von Tetach Tikwa nach Kfar Syrkin begonnen. Die Brücken, die im Zuge der Straße liegen, werden von der Regierung gebaut. Bei dem Bau der 3½ km langen Straße sind 200 Arbeiter beschäftigt.

★

Die Regierung hat der Stadtverwaltung von Petach Tikwa einen in der Nähe gelegenen Komplex von 200 Dunam zur Errichtung einer neuen Siedlung überlassen.

★

Die Palästinensisch-Rumänische Handelskammer hat eine Zusammenstellung über die durch Verhandlungen ihres Vorsitzenden, Mosche Chelouche, mit den rumänischen Regierungsbehörden vereinbarten Einfuhrquote palästinensischer Waren nach Rumänien veröffentlicht. In dem am 1. September 1937 beginnenden Wirtschaftsjahr können aus Palästina nach Rumänien Baumwollgarne bis zu 12 500 Pfund, Parfümerien und synthetische Oele bis zu 8000 Pfund, künstliche Zähne bis zu 6500 Pfund, Fruchtsäfte, Jams und Puddings bis zu 1500 Pfund, Füllfedern bis zu 1500 Pfund, Rasierklingen bis zu 1500 Pfund eingeführt werden. Die Rumänische Nationalbank wird den Gegenwert der gesamten vorgesehenen Einfuhr am 1. September 1937 den rumänischen Exporteuren zur Verfügung stellen.

Ordnung im jüdischen Pressewesen!

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat mit einer Anordnung vom 15. Juli 1937 grundsätzliche Richtlinien für das jüdische Pressewesen aufgestellt.

Alle Personen und Unternehmen des jüdischen Pressewesens im deutschen Reichsgebiet werden vom Sonderbeauftragten des Reichsministers, Reichskulturwalter Hinkel, erfaßt. Die in den Verlagen und Unternehmen der jüdischen Presse tätigen Personen, wie Verleger, Redakteure, Mitarbeiter, Berichterstatter, Verlagsangestellte, Bezieherwerber, Pressereferenten und Mitarbeiter von Pressedienststellen jüdischer Organisationen, Vereine und Gemeinden werden in amtlichen Listen eingetragen und erhalten durch Bescheinigung oder Ausweis die Zulassungsgenehmigung.

Nach dem 1. Oktober 1937 dürfen Personen ohne Bescheinigung oder Ausweis im jüdischen Pressewesen nicht mehr tätig sein. Gesuche zur Eintragung in die amtlichen Listen und alle das jüdische Pressewesen betreffenden Anträge sind ohne Ausnahme an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Sonderreferat Reichskulturwalter Hinkel, Berlin W 8, Wilhelmplatz 8/9, zu richten.

Aus dem arabischen Lager

J e r u s a l e m. Eine Abordnung des arabischen Frauenkomitees, in dem Mohammedanerinnen und Christinnen vereinigt sind, hat bei dem anglikanischen Bischof Protest gegen die Rede des Erzbischofs von Canterbury bei der Palästinadebatte des Oberhauses erhoben. Die Abordnung sprach sich gegen den Teilungsplan aus, weil er die natürlichen Rechte und nationalen Bestrebungen der Araber schädige.

★

Der Panarabische Kongreß ist für unbestimmte Zeit verschoben worden, da es seinen Organisatoren nicht gelungen ist, einen Tagungsort ausfindig zu machen. Die Regierungen von Syrien und dem Irak haben die Abhaltung des Kongresses auf ihrem Gebiet verboten. Die Vertreter des Mufti sind angeblich bemüht, die Abhaltung des Kongresses, der in dieser Woche in Damaskus eröffnet werden sollte, in einem anderen Lande zu ermöglichen.

★

Es bestätigt sich, daß der Mufti von Jerusalem in der letzten Zeit seine auf dem Gebiet der Omar-Moschee liegende Wohnung nicht mehr verlassen hat. Einer arabischen Abordnung aus Hebron, die ihn dort besuchte, erklärte der Mufti, er wisse ganz gut, daß man ihn eines Tages des Landes verweisen werde. Aber er sei eher bereit, das Exil auf sich zu nehmen, als sich in Abhängigkeit zu begeben.

★

G e n f. In Genfer arabischen Kreisen verlautet, daß der Panarabische Kongreß, der in dieser Woche in Damaskus hätte stattfinden sollen, nunmehr in Palästina, und zwar in Jerusalem, abgehalten werden soll. Diese Gerüchte dürften sich jedoch kaum bestätigen, da es nicht anzunehmen ist, daß die Palästinaregierung einen solchen Kongreß jetzt zulassen wird.

★

J e r u s a l e m. In den arabischen Kreisen ist die Ansicht verbreitet, daß der Standpunkt der Herrscher des Irak, des Hedschas und Jemens in der Frage der Teilung Palästinas von demjenigen des Emir Abdulla von Transjordanien nicht wesentlich abweicht. Die arabischen Herrscher seien bereit, über das Palästinaproblem auf der Grundlage der Teilung zu verhandeln. Alle Telegramme, die das Oberste Arabische Komitee von den Oberhäuptern der arabischen Staaten erhalten hat, vermeiden jede Kritik an dem Teilungsplan und geben nur die in allgemeinen Wendungen gehaltene Zusage, den palästinensischen Arabern helfen zu wollen.

★

Dem „Haarez" wird aus Amman gemeldet, daß eine militärische Kommission unter dem Vorsitz von Pik Pascha eingesetzt worden ist, die die Untersuchung gegen die beiden Araber aus Jerusalem führt, die versucht haben, den Emir zu ermorden. Die beiden sollen jedoch von einem ordentlichen Gericht abgeurteilt werden.

★

B a g d a d. Gerüchtweise verlautet, der Ministerpräsident des Irak, Hikmet Suleiman, beabsichtige, demnächst seine Demission einzureichen. Diese Absicht sei darauf zurückzuführen, daß der britische Kolonienminister Ormsby-Gore im Parlament erklärt hat, Hikmet Suleiman habe nach einem Protest des Außenministers Eden seine bisherige Stellung zu der geplanten Teilung Palästinas geändert und sei jetzt grundsätzlich mit ihr einverstanden. Der Ministerpräsident des Irak behaupte, durch diese Erklärung seien seine Autorität und insbesondere seine Beziehungen zu den ausländischen Diplomaten untergraben worden.

Rabbi Berlin zum Präsidenten des Welt-Misrachi gewählt

Z ü r i c h (JTA.). Die Weltkonferenz des Misrachi ist am 3. August geschlossen worden. Zum Präsidenten des Misrachi-Weltverbandes ist Rabbi Meir Berlin gewählt worden.

Die Kampagne gegen den Teilungsplan

Die Protestdemonstrationen, die die Leitung der NZO. in allen Ländern veranstaltet, haben eine begeisterte Resonanz gefunden. Viele Tausende von Juden, welche bisher den zionistischen Bestrebungen fernstanden, aber auch Tausende von Menschen, die bisher im Lager der alten Organisation standen, haben entsprechend der Aufforderung des Revisionismus ihren Willen bekundet, für die Rechte des jüdischen Volkes mit aller Entschiedenheit einzutreten. Alle diese Versammlungen durchflutete eine ungeheure Welle des Vertrauens für W l a d i m i r J a b o t i n s k y, in dem Millionen von Juden heute den berufenen Führer unseres Volkes in seiner schicksalhaften Stunde erblicken. Aus der Fülle der vorliegenden Berichte geben wir nur ein paar Stichproben: In einer glänzend besuchten Versammlung in K o s i c e hielt das Hauptreferat Oberrabbiner Dr. Mano Entel.

In J o h a n n e s b u r g nahmen an dem Meeting über 1200 Personen teil, hunderte fanden keinen Einlaß. Die Reden hielten Reverend Norman Bennet von der Anglikanischen Kirche in Süd-Afrika, und Rabbi Jervis, der Vorsitzende der Neu-Zionistischen Organisation in Süd-Afrika.

In A m s t e r d a m sprachen die Herren Niejveen und Dr. Speijer. Die Riesenversammlung, die auch auf die Tagespresse einen starken Eindruck machte, war von zahlreichen Agudisten, Misrachisten usw. besucht.

In C z e r n o w i t z sprachen in einer ebenfalls überfüllten Versammlung neben Dr. Ludwig Chaies, Fekler und Sternberg auch der Vertreter der jüdischen Gemeinde Amtsdirektor Salzmann. Er versicherte, daß der Rat der jüdischen Gemeinde in der Front der Kämpfer gegen die Teilung Palästinas nicht fehlen würde.

Postanschluß nach Palästina vom 6. bis 13. August

Die Sendungen müssen bis zu den angegebenen Zeiten bei den Postschlußämtern vorliegen, in B e r l i n beim Postamt C 2, in M ü n c h e n beim Bahnpostamt 1 oder 2 (Flughafen).

A. Schiffs- und Bahnpost

P o s t s c h l u ß i n :

Berlin	München	Leitweg	An Haifa
6. 8., 17.30 Uhr	7. 8., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	11. 8.
7. 8., 15.00 Uhr	8. 8., 9.00 Uhr	Piräus (Schiff 7. 8.)	13. 8.
8. 8., 16.00 Uhr	9. 8., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	13. 8.
10. 8., 17.30 Uhr	11. 8., 9.30 Uhr	Brindisi (Schiff 12. 8.)	16. 8.
11. 8., 17.30 Uhr	12. 8., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	17. 8.
13. 8., 17.30 Uhr	14. 8., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	18. 8.

B. Luftpost

Berlin	München	Leitweg	Laufzeit
7. 8., 3.00 Uhr		Halle/Leipzig-Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
7. 8., 9.00 Uhr	7. 8., 18.00 Uhr	Brindisi-Athen-Gaza	ca. 3 Tage
9. 8., 6.00 Uhr		Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
11. 8., 3.00 Uhr		Halle/Leipzig-Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
11. 8., 9.00 Uhr	11. 8., 18.00 Uhr	Brindisi-Athen-Gaza	ca. 3 Tage
13. 8., 6.00 Uhr		Athen-Ludd	ca. 2½ Tage

Aus der Berliner Gemeinde

Die Vorgänge in der Gemeinde

Der Jüdische Volksbund hatte am 3. August 1937 seine Vertrauensleute zusammengerufen, um sie über die Vorgänge im Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu informieren. Der Rücktritt Direktor Kareskis von seinem Amt als Gemeindevorsteher hatte zu verschiedenen Mißdeutungen seitens seiner Gegner Anlaß gegeben und eine Situation hervorgerufen, die die Leitung des Jüdischen Volksbundes in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten zum Gegenstand einer Aussprache machen wollte.

Direktor Georg Kareski eröffnete die Sitzung mit einem Rückblick auf die Ereignisse seit der letzten Vertrauensmännerversammlung. Damals standen wir mitten im Kampf um die Neugestaltung der Reichsvertretung. Dieser Kampf könne heute als beendet angesehen werden, nachdem es gelungen sei 1. durch Uebertragung wichtiger Aufgaben auf Gemeinden und Landesverband den Kostenaufwand herabzumindern, und 2. durch Neubesetzungen im Präsidialrat alle Strömungen des Judentums in Deutschland in der Reichsvertretung zu vereinigen. Herr Heimann werde über die Vorgänge in der Gemeinde berichten. Er wolle aber sagen: Als Konsequenz seines Austritts aus dem Gemeindevorstand glaube er, auch die Führung des Volksbundes niederlegen zu sollen.

Der Repräsentant Herr David Heimann ergriff dann das Wort zum Thema des Abends: „Die Vorgänge in der Gemeinde". Seit einigen Jahren gehe ein Kampf um die Macht in der Gemeinde. Die Vertreter der Meinekestraße hätten seit Jahren das Hauptziel ihres Kampfes in der Kaltstellung des ihnen unbequemen Gegners Kareski gesehen, und jedes Mittel sei ihnen dazu recht gewesen. Die Verhandlungen, die zur Aufstellung der Gemeinderepräsentanten-Einheitsliste geführt hätten, die Wahlen zum Vorstand der Gemeinde, die Machinationen innerhalb der Zionistischen Arbeitsgemeinschaft, alle hätten nur den blinden Haß jener gezeigt, mit denen sie erfolglos unseren besten Mann, Kareski, verfolgten. Nachdem sie auf politischem Gebiet von Mißerfolg zu Mißerfolg geeilt waren, verlegten sie das Schwergewicht ihres Kampfes auf das wirtschaftliche Gebiet, um auf diese Weise die Position Kareskis zu torpedieren. Nur mit dem Gefühl tiefsten Widerwillens könne man an die Brutalität und Verantwortungslosigkeit jener Fischer im Trüben denken. Im Interesse der Sache habe Kareski daraufhin zu unserem Schmerz sein Amt zur Verfügung gestellt, obwohl nach unserer Ueberzeugung kein Grund dazu vorlag, und seine persönliche Integrität und Lauterkeit klar erwiesen und von führenden Männern selbst der liberalen Seite feierlich bestätigt und anerkannt worden ist. Heimann zeigte die „Fairneß" jener Meinekestraßenvertreter an der Tatsache der erfolgten Ersatzwahl für Kareski auf. Kareski hätte seine Demission nur für den Fall angeboten, daß die politischen Machtverhältnisse im Vorstand nicht verschoben würden. Gegen Treu und Glauben und gegen jede politische Anständigkeit wurde in der Person des Herrn Fuchs ein Neuzionist gewählt, der keiner Partei angehört und auch ein vollkommener Neuling in der Gemeindearbeit ist. Wenn Dir. Kareski geglaubt habe, aus dem Gemeindevorstand austreten zu sollen, so sei dies eine Angelegenheit, an der wir vorerst nichts ändern könnten, was wir aber keinesfalls zulassen dürften, sei sein Rücktritt von der Führung des Volksbundes. Unter minutenlangem Beifall erklärte der greise Heimann: „Kareski können wir nicht entbehren, weil er unersetzlich ist, und wir erwarten von ihm, daß er weiterhin unser Führer bleibe, zu dem wir vollstes Vertrauen haben, und dem wir wie bisher folgen wollen!"

Direktor Kareski, der dann sprach, sagte, daß sein Rücktritt zufolge ungeschriebener Gesetze erfolgt sei, die er respektieren wollte. Der wirtschaftliche Komplex des Kampfes gegen ihn hätte Kompetenzüberschneidungen ergeben können, die auszuschließen ihm im Interesse der Sache notwendig erschien. Er wisse aber, daß er — auch außerhalb des Gemeindevorstandes — nach wie vor ein unbequemer Gegner bleiben werde für alle diejenigen, die glaubten, jetzt etwa triumphieren zu können.

Rabb. Dr. Freier zeigte an Hand von Beispielen auf, wie bar jeder jüdischen Regung jene verantwortungslosen Machtpolitiker gehandelt hätten. In ihrer Engstirnigkeit und Bedeutungslosigkeit hätten sie nur den Anfang ihrer Handlungen gesehen, nicht aber das mögliche Ende. Unsere Aufgabe sei es, die reine Wahrheit in die jüdischen Massen zu tragen, den Volksbund zu stärken und uns zu dem Manne zu bekennen, den jene treffen wollten: Georg Kareski. Die Repräsentanten Simon Ehrmann, Eidelheit und Kaufmann wiederholten unter dem Beifall der Vertrauensleute ihr Treuebekenntnis für Kareski, das dann von Isaak Kornfeld in einem Antrag zusammengefaßt wurde, in welchem Kareski nach wie vor das vollste Vertrauen ausgesprochen und der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß er an der Spitze des Jüdischen Volksbundes bleibe, der ihm wie immer folgen wolle, wann er ihn rufen und wohin er ihn führen werde. Die einstimmige Annahme dieser Resolution schloß die Versammlung, die eine einzigartige Kundgebung für die Person Kareskis war.

Ausländischer Besuch in Berlin

Wir hatten in diesen Tagen Gelegenheit, einen hervorragenden jüdischen Journalisten aus Amerika, Herrn Parsky aus New York hier zu begrüßen, der uns eine interessante Schilderung des jüdischen Lebens in USA. und insbesondere des Schicksals der jüdischen Einwanderer aus Deutschland gab. Als erfreuliches Ergebnis dürfen wir feststellen, daß durchweg den Juden aus Deutschland die Eingliederung in das amerikanische Wirtschaftsleben gelungen ist. Auch Herr Parsky beklagt den Umstand, daß die meisten Juden aus Deutschland in New York hängen bleiben, statt sich über das Land zu verteilen, wo sie vielfach bessere Existenzbedingungen antreffe n würden. Aber trotzdem hat noch jeder, der den Weg über das große Wasser gewagt hat, eine, wenn auch oft überaus bescheidene Existenz gefunden. Bemerkenswert ist auch, daß Herr Parsky vor seiner Reise nach Deutschland vom tschechoslowakischen Außenminister empfangen worden ist, der ihm über die Stellungnahme seiner Regierung zum Peel-Bericht wertvolle Aufschlüsse gab. Danach wird die tschechoslowakische Regierung ihre Vertretung in Genf anweisen, den Peel-Vorschlag in der vorliegenden Form jedenfalls abzulehnen. Er legte jedoch Wert darauf zu betonen, daß diese Haltung nicht etwa auf eine unfreundliche Einstellung gegenüber den Juden in der Tschechoslowakei zurückzuführen sei.

Merkwürdige Vorgänge in der Kaiserstraße

In der Synagoge Kaiserstraße sind seit einigen Wochen eigenartige Erscheinungen festzustellen. Die Mehrheit der Synagogenbesucher besteht aus Ostjuden, und es war schon lange der Wunsch aller gerecht denkenden Kreise, dem Gros der Synagogenbesucher auch eine Vertretung im Synagogenvorstand zu gewähren. Diese selbstverständliche Forderung hat offenbar den Unwillen einiger Unentwegter erregt, und im stillen vollzieht sich ein heftiger Kampf gegen diese Neuregelung, der unter der Parole „Gegen die Polonisierung des Synagogenvorstandes" geführt wird. Ohne diese Dinge irgendwie überschätzen zu wollen, möchten wir doch heute mit aller Deutlichkeit feststellen, daß das Wiederaufleben Naumannscher Parolen nicht geduldet werden kann, ganz abgesehen davon, daß bei dem Personenkreis, der der Träger dieser Aktion ist, diese Einstellung eine ganz besondere Groteske darstellt. Wir wollen es für heute hiermit genug sein lassen, behalten uns aber vor, mit dieser Agitation und ihren Trägern mit aller Deutlichkeit abzurechnen, wenn sie fortgesetzt werden sollte.

Wohlfahrts- und Jugendamt der Jüdischen Gemeinde Berlin

Die Ferientageskolonien 1937 des Jüdischen Wohlfahrts- und Jugendamtes Berlin haben mit dem 31. Juli ihr Ende gefunden. Rund 2392 Kinder konnten während der diesjährigen großen Ferien in Tageskolonien oder Heimen untergebracht, oder zu Verwandten geschickt werden.

Unabhängig von dieser Versorgung in den großen Ferien läuft die während des ganzen Jahres durchgeführte Verschickung erholungs- und kurbedürftiger Kinder, die nach strengster ärztlicher Vorschrift vor sich geht. Hier werden rund 1000 Kinder betreut. Helft uns hierbei! Spendet für diesen Zweck weitere Beträge auf unser Postscheckkonto: Berlin 296 40!

Der Synagogenverein Rykestraße hat den Verlust seines langjährigen Vorsitzenden Sally Heilbrunn durch Fortzug zu beklagen. In seiner Sitzung am Dienstag wurde daher ein neuer Vorstand gewählt. Zu Vorsitzenden wurden die Herren Kessler, Himmel und Lent gewählt, denen zwei Beisitzer an die Seite gegeben wurden. Damit ist in Herrn Himmel einer der verdienstesten Männer dieses Vereins und sein Begründer wieder in die aktive Arbeit für den Synagogenverein zurückgekehrt.



Hakoah Wien als Gast beim Bar Kochba-Hakoah Berlin

Am vergangenen Sonntag wickelte sich vor einer dreitausendköpfigen Zuschauermenge auf dem herrlichen Platz der Jüdischen Gemeinde im Grunewald das vom Bar Kochba-Hakoah Berlin veranstaltete internationale Hockey-, Hand- und Fußballturnier ab.

Dieses Turnier war wieder einmal ein in allen Teilen gelungenes und gut durchorganisiertes Fest, das dann auch seine Wirkung auf die zahlreich erschienenen Zuschauer nicht verfehlte.

Die Veranstaltung stand im Zeichen der Vorbereitungen für die dritte Makkabia zur Feststellung der in die nähere Auswahl kommenden Spieler obengenannter Rasensportarten, die dann wieder in Kurse zusammengezogen werden, aus denen dann die Makkabia-Spieler ermittelt werden.

Wie angekündigt, erschien Hakoah Wien mit seiner den österreichischen Meistertitel innehabenden Hockey-Team, einer sehr spielstarken Handballmannschaft und im Fußball mit der Amateurmannschaft, die im Gegensatz zu den Profis den Namen Hasmonea trägt, und in der verschiedene Spieler, die sonst als Amateure innerhalb der Profi-Mannschaft spielen, hier mitwirkten.

Außerdem spielten die Reichsauswahlmannschaften des Makkabi im Handball und Fußball, eine Berliner Handballauswahlmannschaft, die sich nur aus Spielern des JSK. zusammensetzte, und eine Berliner Fußballauswahlmannschaft, bestehend aus Spielern des JSK. und des Hagibor, während der Bar Kochba - Hakoah Berlin seine Mannschaften zum Kampf gegen Hakoah Wien stellte.



Moment aus dem Hockey-Spiel Hakoah Wien gegen Bar Kochba-Hakoah Berlin Aufn. Sonnenfeld.

Den Auftakt der Spiele eröffnete ein einstündiger Fußballkampf zwischen Hasmonea Wien und der Reichsauswahlmannschaft. Gespannt auf den Ausgang dieses Spieles hatte sich bereits Vormittags eine beträchtliche Zuschauerzahl eingefunden. Die Wiener zeigten auch ein technisch schönes Spiel, mußten aber hauptsächlich in der ersten Halbzeit die Ueberlegenheit ihres Gegners anerkennen, der auch durch seinen Mittelstürmer mit 1:0 in Führung ging. Nach etwas mehr ausgeglichenerem Spiel in der zweiten Hälfte konnte Wien durch einen Elfmeter gleichziehen, aber Kleinmann (Düsseldorf) machte für die Reichsauswahlmannschaft das zweite Tor, so daß sich die Wiener Makkabim mit 2:1 geschlagen geben mußten.

Zur selben Zeit spielten auf Platz II die Wiener Handballer gegen die Reichsauswahlmannschaft. Dieses Treffen, das sehr flott durchgeführt wurde, ergab infolge der gut zusammenspielenden R.-A.-Mannschaft bereits das Pausenresultat von 6:3 für die R.-A.-Mannschaft. Nachher fanden sich die Wiener besser, mußten aber trotzdem der im Sturm gut aufgelegten gegnerischen Mannschaft, die in Czoppek (Leipzig) und Blank (Hannover) ihre besten Leute hatte, mit 8:7 den Sieg überlassen.

Gegen Mittag spielten dann auf dem Hauptplatz im Fußball Reichsauswahlmannschaft gegen Berliner Auswahlmannschaft 1:0. Ein Spiel, bei dem die Ueberlegenheit der R.-A.-Mannschaft klar hervortrat, ihr aber auf Grund verzweifelter Abwehr der Berliner erst in der zweiten Halbzeit durch den Linksaußen, der erst später eingesetzt wurde, das siegbringende Tor gelang.

Zur gleichen Zeit standen sich auf dem oberen Platz im Handball Reichsauswahlmannschaft gegen die Berliner Auswahlmannschaft gegenüber. Dadurch, daß die Berliner Mannschaft aus elf Leuten eines Vereins bestand, konnte sie der R.-A.-Mannschaft ebenbürtig sein, und in diesem Spiele fielen die meisten Tore; ein Beweis dafür, das genug gutes Stürmermaterial vorhanden ist. Dieses Spiel gewann die R.-A.-Mannschaft mit dem hohen Resultat von 11:9.

Das Hauptinteresse richtete sich nun auf die Begegnungen im Hockey-, Hand- und Fußball zwischen Hakoah Wien und Bar Kochba-Hakoah Berlin.

Zuerst betraten die Hockeyspieler das Feld. Die Oesterreicher, die den Titel eines Landesmeisters tragen, glaubten bestimmte den Gegner zu überrennen. Sie hatten sich aber getäuscht, denn Berlin hielt ihren Angriffen wirklich stand. Die Wiener brillierten in technischem Können und es gelang ihnen dann kurz vor der Pause durch ihren gut kombinierenden Sturm, die Kugel im gegnerischen Tor unterzubringen. In der zweiten Hälfte flaute das Tempo etwas ab, jedoch Wien konnte noch einmal skoren, wobei es dann bis zum Schluß blieb. Bei Wien war der Sturm der beste Mannschaftsteil, während bei Berlin der Läufer Waldmann und der Stürmer Brück herausragten.

Im anschließenden Handballspiel ging es dann etwas härter, als es die österreichischen Makkabim gewohnt sind, zu. Sie führten auch hier ein sehr faires und flottes Spiel durch, während Bar Kochba-Hakoah Berlin manchmal ein bißchen zu hart spielte und dadurch das Spiel leider unter den zu vielen Abpfiffen des Schiedsrichters litt. Wien ging sofort in Führung, aber Spandau glich für Berlin wieder aus. Nochmals ein Tor für Wien, jedoch Schlesinger (Berlin) brachte seine Mannschaft auf 2:2 heran. Bis zur Pause gelang Wien noch ein drittes Tor. In der zweiten Spielhälfte fielen auf beiden Seiten abwechselnd Tore, von denen Wien, dank besseren Zusammenspiels eins mehr schoß und das Spiel mit 8:7 für sich entschied.

Im letzten Treffen des Tages standen sich dann die Fußballmannschaften von

Wien und Bar Kochba-Hakoah Berlin

gegenüber. Bald nach Beginn gelang es den Wienern durch einen gegnerischen Deckungsfehler in Führung zu gehen. Bar Kochba-Hakoah versuchte anzuschließen, scheiterte aber am sicher haltenden Wiener Torwart. Im Gegenteil, Wien schoß sogar abermals infolge eines Mißverständnisses in Bar Kochba-Hakoahs Hinterreihe bis zur Pause noch ein zweites Tor. In der zweiten Spielhälfte raffte sich Bar Kochba-Hakoah endlich zusammen und man bekam nun ein flottes und durchdachtes Spiel zu sehen. Einen Strafstoß für Berlin nahm der Halblinke Hilkowitz aus der Luft mit dem Kopf an und setzte ihn unhaltbar ins Netz. Auch das Ausgleichstor, auf eine Flanke von Ringel, die der Halbrechte dann nur noch eindrückte, folgte kurz hinterher. Nach verteiltem Spiel erhielt die Wiener Mannschaft zwei Minuten vor Schluß einen Elfmeter zugesprochen, der ihr dann auch den Sieg einbrachte.

Vorschau zum Sonntag, dem 8. August

An diesem Tage kommen nun die Leichtathleten zu Worte, die an den 16. Leichtathletischen Meisterschaften des Deutschen Makkabikreises teilnehmen.

Unter anderem am Start: Hagibor Prag, Hakoah Wien (Blödy, Engel, Gerda Gottlieb, Petschau und die Leichtathleten des Deutschen Makkabikreises). Die Veranstaltung findet auf dem Sportplatz der Jüdischen Gemeinde im Grunewald statt.

Beginn der Hauptkämpfe 15 Uhr.

Instruktorenkursus des Betar

Am Sonntag wurde auf dem Umschichtungsgut des Betar in Polenzwerder, über das wir demnächst einen größeren Bericht bringen werden, ein Instruktorenkursus der nationalen Jugend Herzlia eröffnet. Zwei am Waldrand errichtete große Zelte sind für 14 Tage das Heim der etwa 35 Kursteilnehmer, die in dieser Zeit intensiv auf allen Gebieten des betarischen Lebens ausgebildet werden sollen. Es ist Vorsorge getroffen, daß der Landwirtschaftsbetrieb durch diesen Kursus in keiner Weise beeinträchtigt wird. Der Kursus wurde am Sonntagnachmittag durch einen Appell eröffnet, bei dem Direktor Kareski in einer kurzen Ansprache die Bedeutung dieser Veranstaltung für die Teilnehmer sowohl als auch für die Staatszionistische Organisation würdigte.

Die Leitung des österreichischen Betar hat für dieses Lager Herrn cand. ing. Lustgarten aus Wien als Instruktor zur Verfügung gestellt.

Staatszionistische Organisation e. V.

Berlin W 50, Tauentzienstr. 7. Tel.: 24 67 24.

Bezirksgruppenveranstaltungen

Mittwoch, den 11. August 1937, 20.30 Uhr, im kleinen Saal der Räume der Staatszionistischen Organisation, Berlin W 50, Tauentzienstraße 7. Thema: Jüdische Gegenwartsfragen. Referent: Simon Meer-Helfer. Anschließend Freie Aussprache.

Donnerstag, den 12. August 1937, 20.30 Uhr, Hotel König von Portugal, Berlin C 2, Burgstraße 16. Thema: Jüdische Gegenwartsfragen. Referent: Simon Meer-Helfer. Anschließend: Freie Aussprache.

Vom Schutzjuden zum Judenstaatspionier

Unter diesem Motto findet am Montag, dem 16. August 1937, 20 Uhr, in der Aula der Josef-Lehmannschule, Joachimstaler Str. 13, eine große öffentliche Jugendkundgebung des Betar statt. Es werden eine Reihe Betarführer sprechen. Schon heute machen wir alle jüdischen Jugendlichen auf diese wichtige Kundgebung aufmerksam.

Veranstaltungskalender

Brith Haschomrim

in der Staatszionistischen Organisation
Berlin W 50, Tauentzienstraße 7, Tel. 24 67 24

Gruppenabend Zentrum. Donnerstag, 12. August, 20.30 Uhr, in der Neuen Promenade 8, II., rechts.

Gruppenabend Westen. Donnerstag, 12. August, 20.30 Uhr, in der Tauentzienstraße 7, Gartenhaus I, rechts.

Thema: Der Krieg an der Palästinafront 1914—1918. Referent: Dr. Herzog.

Zu den Gruppenabenden sind Männer als Gäste willkommen!

Keren Hamenorah

(Zentralbüro: Berlin W 50, Tauentzienstraße 7)

Die Arbeit des Keren Hamenorah wird gegenwärtig beträchtlich erweitert. Anweisungen ergehen demnächst. Nächste Büchsenleerung in der Provinz Ende August.

Der Keren Hamenorah will die materiellen Grundlagen für die Ausbildung der nationaljüdischen Jugend in Landwirtschaft, Fliegerei und Schiffahrt schaffen. Jeder nationalbewußte Jude unterstützt daher den Keren Hamenorah. Fordern Sie Sammelbüchsen vom Zentralbüro des Keren Hamenorah, Berlin W 50, Tauentzienstraße 7. Spenden Sie Geldbeträge auf das Postscheckkonto des Keren Hamenorah, Berlin Nr. 156 712. Senden Sie Ihre Anschrift an das Zentralbüro des Keren Hamenorah.



Ich klage an!

Die Aussage Jabotinskys vor der Kgl. Kommission

Zu beziehen durch die Staatszionistische Organisation, Berlin W 50, Tauentzienstr. 7 · 24 67 24

Preis: RM. 0.25